

13
79**Union in
Deutschland**

Bonn, den 29. März 1979

27. Bundesparteitag
vom 25. bis 27. März 1979 in Kiel

Unsere Wähler wollen eine offensive Partei

Auf diesem Bundesparteitag ging es mit dem Blick nach vorn vor allem um die Stärkung unserer Sache, unserer Partei. Jetzt geht es darum, dies nicht nur uns selbst zu sagen, sondern nach diesen Tagen in Kiel in die wichtigen Wahlen zunächst in Schleswig-Holstein, dann in Europa und danach in Bremen hinauszugehen und unseren Bürgern überzeugend darzustellen, was wir wollen. Dies stellte Helmut Kohl in seiner mit großem Beifall begleiteten Schlußrede auf dem Kieler Parteitag fest. Wir haben viele und gute Appelle gehört, wir dürfen aber nicht bei diesen Appellen stehenbleiben. Unsere Wähler wollen eine offensive Partei sehen, eine Partei, die sich um den Wähler bemüht, um jede Stimme kämpft und nicht darauf wartet, bis der Wähler kommt.

27. BUNDESPARTEITAG

Stichworte zu dieser Ausgabe

Reden / Rechenschaftsberichte

Helmut Kohl:

Wir bleiben die Partei, auf die man in Freiheit bauen kann

Seite

5

Helner Geißler:

Wir sind unschlagbar, wenn wir einig sind

24

Walther Leisler Kiep:

Die Parteifinanzierung ist auch eine gemeinsame Aufgabe

32

Gerhard Stoltenberg:

In Schleswig-Holstein gibt es keine Alternative zur Union

35

Diskussion

Die Bürger mit unseren besseren Argumenten überzeugen / Diskussionsbeiträge des Ehrevorsitzenden Kurt Georg Kiesinger und der Präsidiumsmitglieder Hanna-Renate Laurien, Ernst Albrecht und Kurt H. Biedenkopf

39

CSU

Unser gemeinsames Ziel ist die Wende bei den Wahlen 1980
Grußwort des CSU-Generalsekretärs Edmund Stoiber

45

Beschlüsse des Parteitages (allgemeine Politik)

Doppelmandate in Europa

48

Aufgabenverteilung im Präsidium

48

Programm zum Schutze des ungeborenen Lebens

48

Familiengeld

48

Freiheit für Nico Hübner

49

Grundsätze für Prüfung der Verfassungstreue

49

Satzungsänderung

50

Erledigung der Beschlüsse des 26. Bundesparteitages

51

27. BUNDESPARTEITAG

Europawahl (Beschlüsse)

Wahlaufruf	Beilage blau
Partnerschaft ja — Klassenkampf nein	Beilage blau
Bürgerfreiheit ja — Bürokratisierung nein	Beilage blau
Sicherheit ja — Neutralisierung nein	Beilage blau
Europa — Zukunft der jungen Generation	Beilage blau
Thesen zur inneren Sicherheit der Europäischen Gemeinschaft	Beilage blau
Deutschland und Europa	Beilage blau

Wir sagen ja zu Europa, weil wir ja sagen zu unserem deutschen Vaterland

Beilage gelb

Reden zu den vom Parteitag verabschiedeten Beschlüssen
zur Europawahl / Heiner Geißler — Hans Katzer —
Kai-Uwe von Hassel — Egon Klepsch

Beilage gelb

Grußworte führender Politiker befreundeter Parteien / Gäste-Liste

Beilage gelb

Das Wortprotokoll des 27. Bundesparteitages

wird allen Delegierten ohne Anforderung zugeschickt. Andere Interessenten können das

Wortprotokoll zum Preis von 15,— DM

ab 2. April 1979 bei der Union Betriebsgesellschaft mbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, schriftlich bestellen.

Die vorliegende

UfD-Sonderausgabe Bundesparteitag

kann ab sofort zum Preis von 1,— DM pro Exemplar ebenfalls bei der Union Betriebsgesellschaft mbH nachbestellt werden.

27. BUNDESPARTEITAG

So wurde gewählt

VORSITZENDER

Abgegebene Stimmen	740
Dr. Helmut Kohl	617
Nein	82
Enthaltungen	41

STELLVERTRETENDE VORSITZENDE

Abgegebene Stimmen	743
Ungültig	3
Dr. Gerhard Stoltenberg	707
Dr. Hanna-Renate Laurien	547
Dr. Alfred Dregger	547
Dr. Ernst Albrecht	526
Heinrich Köppler	499
Hans Katzer	492
Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf	401

BUNDESSCHATZMEISTER

Abgegebene Stimmen	653
Walther Leisler Kiep	583
Nein	36
Enthaltungen	34

WEITERE 20 MITGLIEDER DES BUNDESVORSTANDES

Abgegebene Stimmen	732	Gottfried Koch	520
Ungültig	5	Heinrich Windelen	499
		Werner Scherer	492
GEWÄHLT WURDEN:		Annemarie Griesinger	574
Dr. Richard von Weizsäcker	690	Bernd Neumann	453
Dr. Bernhard Vogel	655	Dr. Helga Wex	445
Dr. Walter Wallmann	635	Matthias Wissmann	442
Dr. Manfred Wörner	601	Dr. Norbert Blüm	438
Wilfried Hasselmann	582	Burkhard Ritz	437
Peter Lorenz	581	Dr. Gerhard Zeitel	432
Dr. Hans Filbinger	572	Dr. Philipp von Bismarck	430
Prof. Dr. Roman Herzog	524	Dr. Horst Waffenschmidt	420

Generalsekretär **Dr. Heiner Geißler** wurde auf dem 25. Bundesparteitag in Düsseldorf, 7. bis 9. März 1977, für vier Jahre gewählt.

Helmut Kohl:

Wir bleiben die Partei, auf die man in Freiheit bauen kann

Die Wahlen in Rheinland-Pfalz und in Berlin liegen hinter uns. Aber wir können und wollen uns nicht einreden, daß wir uns unangefochten bestätigt fühlen.

Das gilt überhaupt nicht für unsere Freunde in den Landesparteien in Rheinland-Pfalz

Bernhard Vogel hat in Rheinland-Pfalz das zweitbeste Wahlergebnis für die CDU in der Geschichte dieses Landes erreicht; er gewann erneut die absolute Mehrheit der Stimmen. Das ist ein großartiges Ergebnis.

Richard von Weizsäcker ist es zusammen mit Peter Lorenz gelungen, den großartigen Erfolg von vor vier Jahren zu übertreffen. Die CDU ist wieder die stärkste politische Kraft in Berlin, der größten Stadt Deutschlands, unserer alten Hauptstadt geworden.

Den Skeptikern sei gesagt: Im Jahre 1963 hatten die Sozialdemokraten in Berlin 61 Prozent der Stimmen; im Jahre 1979 haben sie noch 42 Prozent der Stimmen. Wenn das kein Triumph

und Berlin, schon gar nicht für Bernhard Vogel und Richard von Weizsäcker. Sie haben sich mit allen Mitgliedern und Freunden in Ihren Landesverbänden großartig geschlagen. Sie verdienen unseren herzlichen Dank und unsere volle Anerkennung.

der Union ist, dann weiß ich nicht, was ein Triumph der Partei sein soll.

Dennoch sage ich: Daß wir uns nicht unangefochten bestätigt fühlen können — ich finde, das muß offen ausgesprochen werden —, liegt an dem schlechten Beispiel, das wir in Bonn gegeben haben.

Wer die letzten Monate — sagen wir offen, wie es war — in banger und dann und wann auch in enttäuschter und zorniger Sympathie mit der Partei und ihrer Führung durchlebt hat, der weiß genau, daß wir uns eine solche Selbstdarstellung nicht erlauben können.

Ich hoffe und ich glaube, das ist vorbei. Ich finde, wir sollten es vorbei sein lassen.

Rede Helmut Kohl

27. BUNDESPARTEITAG

Manches ist neu bedacht worden, manches wurde korrigiert. Ich denke, alle Beteiligten wissen, was sich in Zukunft unter gar keinen Umständen wiederholen darf. Wir haben in unserer Partei vielfältige und große Begabungen. Doch sie bringen sich alle — jeder von uns muß sich das sagen — um ihre Wirkung, wenn sie die wichtigste Begabung nicht einbringen: die Solidarität im Kreise derer, die in der Führung unserer Partei zur gemeinsamen Verantwortung berufen sind.

Gerhard Stoltenberg — das gehört zu dem, was ich eben sagte — hat uns auf das nächste Ziel hingewiesen. In fünf Wochen wird der neue Landtag gewählt. Lieber Gerhard Stoltenberg, SPD und FDP wissen genau: Es gibt keine Alternative zu dir und deiner Politik in Schleswig-Holstein.

Deshalb wird wieder versucht, die Wähler zu täuschen, um von deiner erfolgreichen Arbeit, der Arbeit unserer Freunde in Schleswig-Holstein, abzuweichen. SPD und FDP wollen vergessen machen, daß es am 29. April in diesem Lande um eine klare Entscheidung geht, nämlich um die Entscheidung für oder gegen Gerhard Stoltenberg. Das müssen wir den Wählern gemeinsam deutlich machen.

Wenn wir das tun, haben wir guten Grund, auf die Urteilskraft unserer Mitbürger in Schleswig-Holstein zu vertrauen.

Ich sage für die ganze CDU Deutschlands, für alle unsere Freunde, die zur Verfügung stehen können: Wir alle kämpfen gemeinsam mit Gerhard Stoltenberg und unserem Landesverband in Schleswig-Holstein um jede Stimme für den 29. April.

Wir kämpfen dafür, daß dieses Land keine Speerspitze sozialistischer Systemveränderung in der Bundesrepublik Deutschland wird.

Wir kämpfen für eine klare Politik der Vernunft, eine klare Politik, die solide und bewährt ist.

Zum ersten Mal in der Geschichte unserer Bundesrepublik verfügen CDU und CSU über die absolute Mehrheit in der Bundesversammlung. Da so vieles an dieser Tatsache verdreht wird, sei hier noch einmal ganz nüchtern festgestellt: Für diese Mehrheit hat nur einer die Verantwortung, nämlich der Wähler. Mit seiner Stimmabgabe bei der Serie der Landtagswahlen und bei der Bundestagswahl am 3. Oktober 1976 wurde uns, wurde CDU und CSU dieses besondere Vertrauen übertragen.

Wir werden und wir wollen dieses Vertrauen rechtfertigen. Deshalb wählen wir am 23. Mai im ersten Wahlgang Karl Carstens zum neuen Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland.

Karl Carstens als Bundespräsident — das ist ein Symbol, ein Zeichen für die wahren Mehrheitsverhältnisse in der Bundesrepublik, aber auch ein Symbol für die wirkliche politische Auszehrung des Bündnisses von SPD und FDP. Das ist auch der Grund für die Hektik und die bössartige Nervosität im Lager unserer politischen Gegner.

Dies ist heute nicht der Platz, um zu der infamen Verleumdungskampagne der Koalition gegen Karl Carstens Stellung zu nehmen. Ich will nur eines sagen: Das was hier geschehen ist und was vor allem nach dem Willen der Sozialdemokraten noch an Verleumdung betrieben werden soll, schlägt auf seine Urheber

27. BUNDESPARTEITAG

Rede Helmut Kohl

zurück und schadet der Bundesrepublik Deutschland und allen ihren Bürgern.

Was ist das für ein erbärmliches Verständnis von Demokratie, wenn führende deutsche Sozialdemokraten jetzt offensichtlich zunehmend leugnen, daß Macht in der Demokratie immer nur auf Zeit verliehen wird und daß es eine der wichtigsten Erfahrungen und Erkenntnisse der politischen Kultur, der Demokratie ist, daß jeder von uns sein Mandat nur auf Zeit bekommt, daß er sich dann erneut bewerben kann und, wenn er nicht erneut betraut wird, ins Glied zurücktritt? Das ist die Vorstellung freier Demokratie und ihrer Macht ausübung.

Ich will die Sozialdemokraten und die Freien Demokraten hier auffordern, dem deutschen Wähler — statt ihre Verleumdungskampagne fortzusetzen — zu sagen, wen sie am 23. Mai als ihren Kandidaten in der Bundesversammlung vorschlagen wollen.

Aber dies alles ist für SPD und FDP nur ein Vorspiel im Blick auf die Bundestagswahl im nächsten Jahr. Ich stelle gerade auch nach der Serie der Landtagswahlen bei einer nüchternen, wägenden Betrachtung der Ergebnisse fest, daß wir eine gute Chance für die Bundestagswahl 1980 haben. Dennoch versucht man uns einzureden, es sei schon alles viel zu spät; die Union könne nicht gewinnen. Da viele — auch bei uns — sich in ihrem Gedächtnis nur sehr kurzfristig bemühen, will ich sie doch einfach einmal auffordern, nachzulesen, was uns im Herbst des Jahres 1975 ins Stammbuch für die Bundestagswahl 1976 geschrieben wurde.

Ich hätte mir im Jahre 1976 gelegentlich gewünscht, daß der eine oder andere in

unseren Reihen weniger diesen Augen als vielmehr seiner eigenen Überzeugungskraft getraut hätte und mehr für die 300 000 Stimmen gekämpft hätte, die uns 1976 dann gefehlt haben.

Betrachten wir doch kurz einmal den Wahrheitsgehalt, der angeblich jenen Behauptungen innewohnt. Es wird gesagt, die wirtschaftliche Entwicklung habe sich entspannt; die Arbeitslosigkeit wirke nicht mehr bedrohlich; die hohe Verschuldung rege die Menschen nicht auf. Mit Bildungspolitik — daran habe man sich gewöhnt — sei keine Wahlschlacht mehr zu gewinnen, und in der Familienpolitik passe sich die Bundesregierung eben an. Alles in allem sei der Wähler zufrieden.

Solche Behauptungen kann man doch nur aufstellen, wenn man durch die Brille unseres politischen Gegners blickt. Behauptungen dieser Art sind für uns kein Beitrag zu einer realistischen Sicht, wenn wir 1980 antreten. Diese Behauptungen kann man Punkt für Punkt widerlegen.

Wie ist denn die wirtschaftliche Lage? Zweifellos — wir sind nach den dünnen Jahren glücklich darüber — gibt es Anzeichen für eine wirtschaftliche Besserung. Die Inflationsrate steigt aber wieder. Der Aufschwung ist keineswegs so stabil, wie es uns diese Regierung weismachen will. Niemand kann heute schon sagen, wie lange die Investitionsbereitschaft der Unternehmen anhält.

Entscheidend — das erlebt doch jetzt jeder — wird aber sein, wie wir mit der auf uns zukommenden Ölkrise im nächsten Herbst zurechtkommen und ob die Energieversorgung mittelfristig gesichert werden kann.

Rede Helmut Kohl

27. BUNDESPARTEITAG

Wir dramatisieren nichts, aber wir beschönigen auch nichts. Das Wachstum des Welthandels sieht nicht mehr so günstig aus wie vor wenigen Monaten. Öl wird in diesem Jahr nicht nur teuer, sondern auch knapp werden. Die Bundesregierung hat die Energiepolitik für diesen Staat in fahrlässiger Weise der OPEC überlassen. Der Bundeskanzler hat offenbar gemeint, wenn es irgendwo knirsche, brauche er nur mit dem Ölkännchen nachzugießen. Die OPEC hat sich aber verändert, und zwar nicht nur im Hinblick auf den Iran.

Es wird nicht mehr lange dauern, dann werden unsere Bürger die Regierung und den Kanzler fragen: Wo bleibt eigentlich das Energiekonzept für die Bundesrepublik, wo bleibt die Zukunftssicherung?

Wir, die CDU, haben seit Jahr und Tag darauf gedrängt, die nötigen Beschlüsse zu fassen, um die auf uns zukommende Krise zu vermeiden. Es ist ein schlimmes Trauerspiel, daß aus Angst vor den Linken in SPD und FDP die wesentlichen Entscheidungen für den Staat nicht getroffen wurden.

Der Bundeskanzler hat nicht den Mut, sich gegen die Ideologen in der eigenen Partei, in den eigenen Reihen durchzusetzen. Gerade hier in Schleswig-Holstein sind es doch Matthiesen, Jansen und Genossen, die für jenes tatsächliche Moratorium in der Energiepolitik mitverantwortlich zeichnen, das uns ein Stück unseres Sozialprodukts und damit ein Stück der sozialen Sicherheit in den nächsten Jahren kosten kann. Dies ist nicht eine Rechnung der Regierung allein. Wir alle — die Bürger unserer Bundesrepublik — werden diese Rechnung bezahlen.

Es ist richtig: Die Arbeitslosenzahl sinkt wieder leicht. Eine Erwerbslosenzahl von 900 000 im Jahresdurchschnitt ist aber doch kein Normalzustand. Dieser Zustand ist ein Skandal und bleibt ein Skandal. Und Arbeitslosigkeit bleibt soziales Unrecht, auch wenn SPD und FDP die Sorgen der Menschen, denen Beschäftigung und Lebenschance verweigert werden, nicht mehr wahrhaben wollen. Wir machen diese Verdrängung nicht mit.

Wir unterscheiden uns eben von den Sozialdemokraten, deren sozialistisches Erbe es ist, daß sie in globalen Zahlen denken und sich vor allem für das Schicksal von Klassen, Gruppen und Verbänden interessieren. Wer so denkt, für den sind 4 Prozent Arbeitslosigkeit eine Zahl, die ihn kalt läßt. Solange es keine Gewerkschaft der Arbeitslosen gibt, wird sich Helmut Schmidt immer auf die Seite der Arbeitsbesitzenden schlagen.

Für uns sind 4 Prozent Arbeitslose genau 4 Prozent zuviel. Das war immer unsere Politik. Denn wir wollen einen Staat, in dem nicht das Vertrauen auf die sozialen Sicherungen, sondern das Vertrauen auf die eigene Leistung, die persönliche Leistung die entscheidende Rolle spielt.

Die Bundesrepublik soll nicht ein sozialistisches Betreuungsheim sein, sondern eine Solidargemeinschaft, in der jeder, der arbeiten kann und etwas leisten will, seine ganz persönliche Chance findet. Das war und bleibt Politik der CDU.

Weiter: Stimmt es eigentlich, daß die Themen „Staatsverschuldung“ und „Rentensicherheit“ bei unseren Mitbür-

27. BUNDESPARTEITAG

Rede Helmut Kohl

gern keine Sorgen auslösen? Ich mache in meinen Versammlungen landauf, landab die Erfahrung, daß ich danach gefragt werde. Es ist eine sorgenvolle Frage, die immer wieder gestellt wird. Gerade der so oft zitierte „einfache Mann“ weiß sehr genau, worauf es ankommt. Er weiß längst:

Die Sozialdemokraten und die Freien Demokraten in dieser Regierung verfeuern heute schon das Holz, an dem sich eigentlich einmal ihre Enkel wärmen sollten.

Zum Thema Bildungspolitik frage ich mich: Haben wir eigentlich den Aufstand der Eltern, der Mütter und Väter, der Bürger in Nordrhein-Westfalen im Volksbegehren gegen die Koop-Schule vergessen?

Wir erleben doch — und ich finde, es gibt schon zuviel Gewöhnung mit diesem Zustand: Was vor ein paar Jahren eine Handvoll Ideologen vertreten haben, bestimmt jetzt das Bildungsklima in vielen Klassenzimmern. Die Eltern in unserem Lande erleben täglich, was vor sich geht. Meine Freunde, es wäre eine Verleugnung unserer Verantwortung als Christliche Demokraten, wenn wir den Vätern und Müttern, wenn wir den Eltern und Großeltern unserer Kinder in dieser entscheidenden Auseinandersetzung nicht unsere ganze Hilfe anböten.

Im Vorfeld der Bundestagswahl und der Europawahl ist hier auch ein Wort zu den Gewerkschaften, insonderheit zum Deutschen Gewerkschaftsbund, fällig. Es ist unübersehbar, daß das Zusammenrücken, das Verklammern zwischen der SPD und führenden Repräsentanten des DGB enger geworden ist. Ich sage klar und deutlich: Wir sehen das mit Sorge; denn wir bedauern den Verlust

an gewerkschaftlicher Qualität, der mit dieser Entwicklung verbunden ist.

Wir, die CDU, wollen das offene Gespräch mit allen Gewerkschaften, auch mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund. Viele Mitglieder des Deutschen Gewerkschaftsbundes sind unsere Anhänger.

Über ein Drittel — auch Herr Vetter hat diese Zahl nie bestritten — der Mitglieder des DGB hat bei der letzten Bundestagswahl CDU und CSU gewählt. Ich habe den Eindruck, daß manche in der DGB-Führung diese wichtige Tatsache offensichtlich vergessen machen wollen.

Die Gewerkschaftsmitglieder wünschen zu Recht eine Vertretung ihrer Interessen. Aber sie wünschen überhaupt nicht, daß ihre Sprecher Hilfsorgane und Wasserträger der Bundesregierung werden.

Die Gewerkschaften sind — wir haben das oft gesagt; ich darf es wiederholen — eine wichtige und notwendige Kraft unserer Gesellschaft. Sie vertreten die Interessen der Arbeitnehmer, und das ist gut so; denn das ist ein ganz besonders wichtiger Teil der Gesellschaft. Aber man muß auch aussprechen: Das ist nicht die ganze Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland.

Wenn Gewerkschaften Staat machen wollen, dann kommt es dazu, daß andere Kräfte Tarifpartner werden wollen. Hier besteht nicht im besonderen für die CDU eine Gefahr, sondern allgemein für Staat und Gesellschaft. Deswegen müssen wir uns diesem kritischen Dialog mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund stellen, und wir werden ihn auch im Blick auf die Europawahl klar und deutlich führen.

Rede Helmut Kohl

27. BUNDESPARTEITAG

Die Themen der Auseinandersetzung mit unserem politischen Gegner drängen sich geradezu auf. Nehmen wir sie auf! Suchen wir die Auseinandersetzung mit dem Gegner und beschäftigen uns weniger mit uns selbst! Es ist eine Binsenwahrheit — ich zögere fast, sie auszusprechen —: Um 1980 die Wahl zu gewinnen, müssen wir geschlossener und solidarischer auftreten.

Wir müssen fähig sein, in den nächsten 15 Monaten auf breiter Front sachpolitisch mit unseren besseren Alternativen und personalpolitisch mit unserer besseren Mannschaft anzugreifen. Wir haben doch die besseren Köpfe; das ist jedermann erkennbar. Das ist vielleicht auch ein Stück unseres Problems. Aber es ist ein lösbares Problem.

Viele unserer Freunde stehen seit Jahren in besonderer Verantwortung des Staates. Einige Namen stehen für viele: in den Großstädten Männer wie Walter Wallmann und Manfred Rommel, in den Ländern unsere Ministerpräsidenten Gerhard Stoltenberg, Ernst Albrecht, Bernhard Vogel, Franz Josef Röder und Lothar Späth.

Dies ist mein Vorschlag: Wir werden 1980 den Wahlkampf mit einer Mannschaft führen, die unsere politische Überlegenheit auch personell überzeugend darstellen kann.

Schon jetzt besteht unsere Aufgabe darin, das, was wir an unseren politischen Programmen gemeinsam erarbeitet haben, auch an die Betroffenen überzeugend heranzutragen. Hier muß man klar sagen: Manches muß besser werden. Wir müssen vor allem unsere jungen Mitbürger stärker als bisher in

unsere Diskussion über ihre Zukunft einbeziehen. Wir müssen das in einer Sprache tun, die die jungen Leute überhaupt erreicht, die ihnen verständlich ist; das ist eine der Voraussetzungen.

Es ist doch nicht wahr, daß sich die jungen Leute schon auf der Schulbank nichts mehr zutrauten. Wenn sie resignieren — das sind unsere Kinder! — oder verstummen, dann doch deshalb, weil ihnen ihre Berufschancen häufig vorenthalten werden.

Die junge Generation braucht die Freiheit von Sorge. Dann wird sie ganz selbstverständlich wieder größere Lebensentwürfe riskieren und das Abenteuer ihres Lebens wagen; das ist die Voraussetzung, die wir in unserer Politik gestalten müssen.

Wir müssen auch mehr als bisher unsere Mitbürgerinnen von unserer Politik überzeugen. Wie wir wissen, sind ihre Interessen bei uns besser aufgehoben als bei denen, die konkrete Nöte mit Ideologien beantworten. Das gilt für die Hausfrau und Mutter genauso wie für die berufstätige Frau. Aber auch hier genügt es nicht, das auf dem Parteitag zu sagen, es muß im Alltag der praktischen Sach- und Personalpolitik eines jeden Kreisverbandes deutlich werden.

Wir begehen morgen und übermorgen den Europa-Parteitag im Blick auf die Wahl am 10. Juni. Dies ist ein bedeutsamer, ein geschichtlicher Tag für Europa. Denn die Wahl zum Europäischen Parlament ist ein neuer, hoffnungsvoller Anfang auf dem Wege zur politischen Einigung unseres Kontinents.

Als politischer Erbe Konrad Adenauers weiß sich die CDU Deutschlands mit allen ihren Freunden in der Europäischen

27. BUNDESPARTEITAG

Rede Helmut Kohl

Volkspartei einig in dem Willen, der europäischen Idee mit Mut, mit Hingabe und aller Einsatzbereitschaft zu dienen.

Das vereinte Europa ist für uns in Deutschland eine wichtige Voraussetzung, um langfristig die Spaltung Europas und damit auch die Spaltung unseres Vaterlandes überwinden zu können.

Es muß unsere Aufgabe sein, diesen Zusammenhang zwischen Europa- und Deutschlandpolitik den Menschen in der Bundesrepublik jeden Tag wieder näherzubringen. Das ist eine der großen Chancen nicht nur für Europa, sondern auch für unser deutsches Vaterland.

Die Europäische Volkspartei ist die einzige wirklich übernationale Partei im freien Europa. Sie ist die große Hoffnung für alle, denen ein geeintes Europa nach dem Modell des demokratischen und sozialen Rechtsstaates am Herzen liegt.

Ich bin sicher: die Idee der freiheitlichen und sozialen Partnerschaft, für die wir in der EVP gemeinsam kämpfen, wird gerade den Jungen in Europa Antworten geben, nach denen sie suchen. Freiheit und Frieden durch Menschenrechte und parlamentarische Demokratie — das war die Antwort Konrad Adenauers, Robert Schumans, Alcide de Gasperi, Winston Churchills auf die grausamen Erfahrungen, die Europa mit einer Politik der Diktatur, der Menschenverachtung hat machen müssen. Freiheit und Frieden durch Menschenrechte und parlamentarische Demokratie — das ist noch heute unsere Antwort auf eine Ideologie, die sich fortschrittlich nennt, die aber in Wahrheit

Rückschritt bedeutet. Sie beutet Menschen aus, statt ihnen zu dienen. Sie mißachtet die Menschenwürde, und sie tritt sie mit Füßen.

Es bewegt uns tief, daß Papst Johannes Paul II. die Achtung vor der Würde und der Freiheit eines jeden Menschen in den Mittelpunkt seiner ersten Enzyklika gestellt hat.

Mit seiner Mahnung an die Regierungen in der Welt, das Wohl des Menschen müsse als Grundfaktor des Gemeinwohls das wesentliche Kriterium für alle Programme, Systeme und Regime bilden, macht der Papst allen Menschen, auch uns Mut für die Zukunft. Er schreibt: „Es geht um jeden Menschen in all seiner unwiederholbaren Wirklichkeit im Sein und im Handeln, im Bewußtsein und im Herzen.“

Wir haben allen Grund, Papst Johannes Paul II. für diese wichtige, nachdenkliche Botschaft dankbar zu sein.

Europa die Freiheit zu erhalten — das ist das große, das geschichtliche Ziel, das wir uns mit unseren Freunden in der Europäischen Volkspartei gesetzt haben. Nicht ein Europa der sozialistisch-kommunistischen Zusammenarbeit, sondern ein Europa des demokratischen und sozialen Rechtsstaates kann allein die Menschenrechte auf diesem Kontinent sichern.

Europa, das ist für uns, die Christlichen Demokraten, der Inbegriff einer freiheitlich-demokratischen, einer freiheitlich-sozialen, einer wirklich menschlichen, humanen Lebensform.

Aber nach dem Kölner Europa-Parteitag der SPD drängt sich doch die Frage auf: Was ist die europäische Idee der Sozialdemokraten? Wer das Wahlpro-

Rede Helmut Kohl

27. BUNDESPARTEITAG

gramm der SPD durchgeht, der bekommt Antwort auf diese Frage. Europa — so muß man es klar sagen — ist für die Sozialdemokraten nichts anderes als ein Mittel zum Zweck, und der Zweck heißt: Sozialismus in Europa.

Im Wahlprogramm der SPD von Köln steht jener Satz, der wie kein anderer deutlich macht, wo die Sozialdemokraten heute in Wahrheit stehen, was sie in Zukunft wollen. Ich meine den Satz: „Im Streit um die Mehrheit in der Europäischen Gemeinschaft sind die konservativen Parteien der Hauptgegner.“

Die eigentliche Kampfansage der demokratischen Sozialisten in Deutschland gilt mithin Demokraten und nicht den geborenen Feinden der Demokratie, die wir jahrzehntelang gemeinsam bekämpft hatten.

Auf die europäischen Kommunisten blickt die SPD in ihrem Programm mit Hoffnung, ja mit Zuversicht. „Ernsthaft und differenziert“ — so heißt es im Kapitel 9 des Wahlprogramms — müsse „der Anpassungsprozeß der kommunistischen Parteien an die veränderten Bedingungen der Europäischen Gemeinschaft ... beachtet werden“.

Wie aber steht es denn eigentlich mit den Kräften der politischen Mitte, mit den christlich-demokratischen Parteien Europas? Sie sind — so sagt die Partei der Herren Schmidt, Wehner und Brandt — die Sachwalter der „Konfrontation“ in Europa. Sie gefährden — so sagt die SPD — den Frieden, die Aussöhnung und die Entspannung in Europa. Sie treiben — so sagt die Partei der Herren Schmidt, Brandt und Wehner — mit ihrem Eintreten für die Menschenrechte „Mißbrauch“ mit diesen Rechten. Und sie sind — so sagt die SPD —

unfähig, die Demokratie „auf Dauer zu sichern“, weil sie „die bestehenden Herrschafts- und Wirtschaftsstrukturen unangetastet lassen“ wollen.

Ich nenne den Geist, der aus diesem Wahlprogramm spricht, klar beim Namen: Es ist der reaktionäre Geist einer sozialistischen Klassenpartei des 19. Jahrhunderts. Es ist die Aufkündigung jeglicher demokratischer Gemeinschaft unter Demokraten in Deutschland. Eine Partei, die im Blick auf Europa auf Kommunisten Hoffnung setzt und Demokraten verleumdete, eine solche Partei versündigt sich nicht nur an der europäischen Idee, sie versündigt sich am inneren Frieden der Bundesrepublik Deutschland. Und ohne inneren Frieden kann man den äußeren Frieden des Landes nicht bauen.

Die Sozialdemokraten kündigen die Gemeinsamkeit der Demokraten in entscheidenden Grundprinzipien unseres Verfassungsverständnisses auf. Sie kündigen jene Prinzipien, die fast drei Jahrzehnte die innere Stabilität und damit die Zukunft unserer Republik gesichert haben.

Die SPD bricht mit dem Grundsatz der wehrhaften Demokratie. Über Jahrzehnte waren wir, die Demokraten, uns doch einig in einer Lebensfrage unserer freiheitlichen Demokratie: in der Entschlossenheit, weder Kommunisten noch Neo-Nationalsozialisten die Tür zum öffentlichen Dienst zu öffnen.

Diesen Grundsatz der wehrhaften Demokratie, der ein Gebot unserer Verfassung und unserer Gesetze ist, den haben wir noch 1972, die Bundesländer, die Gemeinden der Bundesrepublik und der Bund, gemeinsam bekräftigt. Heute

27. BUNDESPARTEITAG

Rede Helmut Kohl

hören wir aus dem Munde des Verfassungsministers der Bundesrepublik Deutschland den ungeheuren Satz, das „Schutzobjekt Demokratie“ sei durch die Vereinbarung aus dem Jahre 1972 „unansehnlicher geworden“.

Ein Minister, der so denkt, der wird auch so handeln. Ich kann nur den Bürgern raten, dafür zu sorgen, daß er bei nächster Gelegenheit davongejagt wird.

Eine der großen Gestalten der deutschen Sozialdemokratie nach dem Kriege, der frühere Hamburger Bürgermeister Herbert Weichmann, sprach von einem „semantischen Betrugsmanöver“, wenn das „Erfordernis der Gewähr für Verfassungstreue“ in eine „Unterdrückungsmaßnahme für Freiheitsfreunde“ umgefälscht wird. Die wehrhafte Demokratie als unansehnlicher Schnüffelstaat, der ein Klima der Unterdrückung verbreitet, die junge Generation einschüchtert und Berufsverbote exekutiert: Wo kommt das denn eigentlich her?

Kommunisten haben weltweit dieses Tribunal gegen unsere Bundesrepublik Deutschland in Szene gesetzt. Es ist bitter, feststellen zu müssen, daß führende Sozialdemokraten bereit waren und bereit sind, vor diesem Agitationstribunal als Zeugen der Anklage aufzutreten!

Viele von uns haben ja mit mir in jener Fernsehsendung aus Den Haag erlebt, daß es dieselben Zeugen sind, die draußen im Ausland gegen uns als Beweis für alte und billige neue Vorurteile gegen die Bundesrepublik Deutschland zitiert werden.

Die Diffamierungskampagne der Sozialisten schadet nicht uns als Partei, sie schadet unserem Staat. Die Sozialisten setzen sein Ansehen herab und bauen Vorurteile auf, die wir jetzt am Vorabend des neuen Europa bitter notwendig aufbauen müssen. Solche Vorurteile, und das ist das Wichtigste —, können die besten Ansätze der doch so notwendigen europäischen Kultur zunichte machen.

Ich frage die deutsche Öffentlichkeit: Wann hat man je etwas gehört, daß Helmut Schmidt auf den beschworenen Appell Herbert Weichmanns an die demokratischen Parteien in unserem Lande, in der Abwehr des politischen Extremismus einig zu bleiben, auch nur geantwortet hätte? Ich frage: Wo bleibt das Wort des Bundeskanzlers, wenn ein Minister seiner Partei einen „schlimmen antiparlamentarischen Effekt“ und „politische Eruptionen“ für den Fall in Aussicht stellte, daß das Bundesverfassungsgericht ein ihm, dem Minister, nicht genehmes Urteil zur Mitbestimmung fällen würde?

Wer mit sozialen Unruhen droht, wenn das höchste deutsche Gericht nicht den Forderungen bestimmter politischer Kräfte nachkommt, der versucht, das Recht in diesem Staate unter den Primat der Politik zu drücken. Hier offenbart sich das Staats- und Demokratieverständnis einer anderen Republik. Wir aber wollen diese Republik und keine andere!

Es ist schon schlimm genug, daß der Bundeskanzler und die Regierung, die vorgibt, liberal zu handeln, stumm bleibt, wenn in solcher Weise mit dem höchsten deutschen Gericht umgegangen wird. Es ist ein Skandal besonderer

Rede Helmut Kohl

27. BUNDESPARTEITAG

Art, wenn jene Partei, die FDP, die für sich selbst immer in Anspruch nimmt, Anwalt und Hüter des liberalen Erbes zu sein, einem unverhüllten Angriff auf die liberalen Grundlagen unseres Staates außer Sprachlosigkeit nichts entgegenzusetzen hat.

Die FDP hat auch hier gezeigt, daß sie das liberale Richteramt nicht mehr wahrnimmt, daß sie nicht mehr den Mut, den Willen und auch nicht mehr die Kraft besitzt, mit der Standfestigkeit eines Theodor Heuss und der Leidenschaft eines Thomas Dehler für liberale Grundsätze einzutreten.

Liberal, das heißt für uns nicht opportunistisch; liberal, das ist kämpferischer Einsatz für die vom Grundgesetz gewollte wehrhafte Demokratie. Da gibt es kein Wenn, und da gibt es kein Aber.

Es ist antiliberal, den Feinden und Verächtern der Freiheit und des Rechts den „Marsch durch die Institutionen“ des Staates leichter machen zu wollen. Es spricht liberalem Geist und liberaler Überzeugung Hohn, die bitteren Lehren der Geschichte der Weimarer Jahre bedenkenlos, ja, hochmütig in den Wind schlagen zu wollen. Im Blick auf das Jahr 1980 kommt es darauf an — und das ist die Grundlage, von der wir ausgehen müssen —, die Achse der Bundesrepublik nicht weiter nach links verschieben zu lassen. Das hat Auswirkungen für unsere Strategie im Jahre 1980:

1. Die Union muß die politische Mitte ganz ausfüllen und in Anspruch nehmen.
2. Wir dürfen die politische Mitte in der Bundesrepublik Deutschland nicht aufsplintern lassen.

3. Wir müssen fähig sein, die Integrationskraft unserer Partei voll auszu-schöpfen.

Wenn wir dies tun, ist die Politik der Mitte in der Bundesrepublik Deutschland mehrheitsfähig.

Mehrheitsfähig ist und bleibt eine Volkspartei nur, wenn sie die drei großen Grundströmungen in sich vereint: die liberale, die christlich-soziale und die konservative Idee. Die Christlich Demokratische Union ist seit der Stunde ihres Anfangs, ihrer Geburt in ihrem Profil in diesen Jahrzehnten durch diese geistig-politischen Strömungen geprägt worden.

Liberal ist unser Bekenntnis zur Freiheit, zu Eigenverantwortlichkeit, zur Würde der Person.

Liberal ist unser Vertrauen in die Leistungsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft und unser Vertrauen in den Leistungswillen und in die Initiative und den Willen zur Selbstverantwortung und Selbständigkeit bei unseren Mitbürgern.

Liberal ist schließlich unser Verständnis vom Staat, seinen Aufgaben und seinen Grenzen.

Christlich und sozial geprägt ist unser Menschenbild.

Für uns — ich finde, wir sollten das wieder deutlicher auch nach draußen sagen — ist der Mensch nicht das letzte Maß aller Dinge. Deshalb bekennen wir uns im Ludwigshafener Grundsatzprogramm zu der Erkenntnis, daß der Mensch weder sich selbst noch der Welt aus eigener Kraft einen Sinn geben kann.

Wenn jetzt so viel gesprochen wird von einer Sinnkrise bei jungen Menschen,

27. BUNDESPARTEITAG

Rede Helmut Kohl

ist diese alte Antwort aus dem Geiste unseres Glaubens eine ganz junge, eine ganz progressive Antwort. Wir müssen sie bloß wieder selbst überzeugend nach draußen tragen.

Christlich und sozial ist unsere Bereitschaft, uns jederzeit zum Anwalt der Schwachen und zum Fürsprecher der Gerechtigkeit zu machen. Wir haben die Beschlüsse des Mannheimer Parteitags nicht umsonst gefaßt. Sie sind Leitlinie unseres praktischen Tuns. Ich darf jeden noch einmal daran erinnern, daß dies der Kurs der Partei in dieser Frage ist.

Konservativ sind wir aus Achtung vor dem geschichtlich Gewordenen, und konservativ sind wir, weil wir wissen, daß die Welt nicht jeden Tag neu erfunden werden kann.

Konservativ sind wir, weil wir frei sind von jenem materialistischen Fortschrittsdenken, das sich anmaßt, das Ziel der Geschichte zu kennen.

Dies muß klar sein: Keine dieser drei geistigen Grundströmungen darf in unserer Partei vernachlässigt oder abgedrängt werden, keine von ihnen ist, auf sich allein gestellt, politisch tragfähig.

Erst die geistige Verbindung aller drei Grundlinien füllt den Rahmen der politischen Mitte wirklich überzeugend aus. Deshalb wäre es, mit einem Satz gesagt, völlig töricht, wenn wir es zuließen, daß die politische Mitte aufgesplittet wird.

Was wir brauchen, ist eine Politik, die wir nicht nur proklamieren, sondern auch leben; eine Politik, die in der Lage ist, Ideen und Gruppen zu integrieren, eine Politik, deren Dynamik

sich nicht im aufgeregten Geflatter politischer Flügelbewegungen erschöpft.

Unsere Partei muß in ihrer Gesamtheit in allen ihren Organisationsstufen, offen, sensibel und aufnahmebereit bleiben für neue Fragen, für neue Ideen und für die nachwachsende Generation ebenso wie für politische Gruppen, die uns noch fernstehen. Wer zu uns kommt, soll — das ist ganz bedeutsam — bei uns eine politische Heimat finden und nicht eine Startrampe für politische Flugversuche.

Das entscheidende und in der gegenwärtigen politischen Landschaft einmalige Plus der Union ist ihre inhaltliche Geschlossenheit.

Wo gibt es noch eine Partei — sehen Sie sich doch SPD und FDP an! —, die in den wichtigsten Grundfragen der deutschen Politik, in der Innen- und der Außen-, in der Sozial- und der Gesellschaftspolitik eine solche Übereinstimmung in sich birgt wie diese Christlich Demokratische Union!

Ein Plus sind ihre Integrationsfähigkeit und ihre Offenheit für die geistigen Grundströmungen unserer Zeit. Ein Plus ist schließlich — lassen wir uns das nicht wegdiskutieren — eine großartige Fähigkeit, ihre oft bewiesene Fähigkeit zu wirklich praktischem Handeln.

Das ist der Grund, ist die Grundlage für die Erfolge unserer Partei. Das ist auch der Grund dafür, daß in diesen Jahrzehnten so viele — auch ich selbst — aus Überzeugung gerade in diese Partei eingetreten sind. Deswegen will ich

Rede Helmut Kohl

27. BUNDESPARTEITAG

— mit Ihrem Vertrauen, um das ich mich erneut bewerbe — alles tun, um meine wichtigste Aufgabe zu erfüllen: die Integrationsfähigkeit unserer Partei zu erhalten.

Die CDU wird liberal und offen bleiben, die CDU wird an ihren christlich-sozialen Grundsätzen festhalten, sie fortentwickeln und in die Politik übertragen, und die CDU wird in ihrer Treue zum Bewährten konservativ bleiben.

Diese Politik hat die Stabilität unseres Staates und unserer Demokratie begründet, und sie hat in einer einmaligen Weise die Zusammenarbeit und die Verständigung auch zwischen den Generationen möglich gemacht.

Wir können die Wahlen 1980 gewinnen, wenn wir offensiv und hart in der Sache die Themen der Auseinandersetzung bestimmen.

Ich will heute vier Bereiche ansprechen, auf die wir unsere Arbeit konzentrieren müssen, wenn wir wirklich die politische Mitte wollen und ein Abgleiten der Bundesrepublik Deutschland nach links verhindern möchten.

Da ist erstens die Soziale Marktwirtschaft. Es geht um die Sicherung der Zukunft unserer Sozialen Marktwirtschaft. Das ist nicht irgendein Thema; da kann man nicht sagen: das wird „in memoriam Ludwig Erhard“ in einem Festvortrag beim Wirtschaftsrat betrieben. Das ist vielmehr, und zwar ohne Ausnahme, Sache der ganzen Partei!

Was unsere Partei braucht, ist die Erkenntnis, daß das Land die Renaissance der Sozialen Marktwirtschaft benötigt. In diesen Tagen — aus An-

laß unseres Kongresses „Wachstum und Umwelt“ — haben wir für diese These wieder überzeugende Beweise geliefert.

Nutzen Sie bitte diese Argumente! Das Problem einer ausreichenden künftigen Energieversorgung, die immer mehr zur Schicksalsfrage der Nation wird, kann nach unserer Überzeugung nur in freierheitlicher Weise und im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft gelöst werden.

Die meisten Probleme, die uns jetzt belasten, haben sich doch deshalb so entwickelt und so zugespitzt, weil marktwirtschaftliche Lösungen von den Sozialisten verhindert oder verzögert wurden.

Die Politik von SPD und FDP hat immer mehr Staat und immer mehr Bürokratie hervorgerufen, und sie hat den Raum der Entfaltungsmöglichkeiten des einzelnen immer stärker beeinträchtigt. Das überdimensionale Wachstum der Steuern und der Schulden, der Gesetze und der Verordnungen sind Erlebnisse, die jeder von uns kennt. Die unmittelbare Folge ist — auch das haben wir erlebt —, daß das Schwungrad der wirtschaftlichen und innovatorischen Aktivitäten erlahmte.

Wer, wie SPD und FDP, nicht weniger, sondern mehr Staat fordert, nimmt in Wahrheit die Fesseln der Bürokratie in Kauf und beseitigt Fortschritt und Mobilität. Fortschritt und Mobilität aber gehen über in Dynamik, und ohne Dynamik sterben unsere Volkswirtschaft und die Zukunft des Landes.

Helmut Schmidt hat doch mit seinem leichtfertigen Wort, Ludwig Erhards So-

27. BUNDESPARTEITAG

Rede Helmut Kohl

ziale Marktwirtschaft sei nur ein „Schlagwort ohne Verfassungsrang“, die Sozialisten, die Stamokap-Genossen — Klose und wie sie alle heißen — geradezu ermutigt, in ihrem Sturm auf die Soziale Marktwirtschaft nicht nachzulassen. Das ist ja das Schlimme:

Die Sozialisten können der Sozialen Marktwirtschaft nicht vergeben, daß sie in diesen letzten Jahrzehnten so erfolgreich war.

Wir brauchen nicht den Staat als „Reparaturbetrieb“ der Sozialen Marktwirtschaft; was wir brauchen, ist die Soziale Marktwirtschaft als Reparaturbetrieb der verfehlten sozialistischen Politik.

Die zweite zentrale politische Anfrage an uns ist die Frage nach der Familie. Im Zentrum jeder klugen und verantwortlichen Politik für die nächsten Jahre muß die Sorge um die Familien stehen. Wir würden unseren politischen Auftrag verfehlen, wenn wir die Familienpolitik als Feld der Auseinandersetzung einfach ausklammerten, denn niemals und an keinem Punkt sonst zeigt sich so deutlich, was uns in Wahrheit von den Sozialisten trennt.

Jahrelang wurde die Berufstätigkeit der Frauen als das Wichtigste herausgestellt, wurde die Tätigkeit der Hausfrau und Mutter diskriminiert. Jahrelang wurde die Erziehungsleistung der Eltern mit dem fatalen Wort von der Fremdbestimmung herabgesetzt. Noch heute will doch der Sozialismus dauernd Erziehungsziele von Staats wegen festlegen. Jahrelang hat die Regierung von SPD und FDP versucht, die Familien rechtlich unter Kontrolle zu nehmen, jahrelang hat sie sie materiell vernachlässigt und psychologisch verunsichert.

Die Bilanz ist erschreckend: Die Zahl der Eheschließungen sinkt, die Scheidungsziffern steigen, die Geburtenzahlen gehen zurück. Heute werden nur noch halb so viele Kinder geboren wie 1965. Eine solche Entwicklung hat natürlich auch politische Ursachen, und sie hat schwerwiegende Folgen für die Wirtschaft, für den Generationenvertrag der sozialen Sicherheit und für die internationale Bedeutung unseres Landes.

Aber — und dies muß deutlich herausgestellt werden — Familienpolitik ist für die Christlich Demokratische Union mehr als die Korrektur von Fehlentwicklungen unserer Bevölkerungsstruktur. Viel wichtiger noch als die materiellen Dinge ist das geistige Klima, sind die sozialen Umweltbedingungen, die wir für die Familien wirklich schaffen.

Die Familie — man kann es nicht oft genug sagen, denn es ist die Grundaussage unserer Partei — ist als Lebens- und Erziehungsgemeinschaft der wichtigste Ort individueller Geborgenheit und Sinnvermittlung. Deshalb ist es die wichtigste Aufgabe der Gesellschaftspolitik in diesen Jahren, der Familie Beistand, Zukunft und soziale Anerkennung zu sichern.

Das heißt konkret: Wir müssen die Familien vor allem moralisch stärken, psychologisch ermutigen, wir müssen unseren Beitrag für eine familien- und kinderfreundliche Umwelt leisten.

Wir haben als einzige Partei einen Entschließungsantrag zum Jahr des Kindes eingebracht. Aber es ist wichtig, daß wir am Ende dieses Jahres eine Erfolgskontrolle machen: Was haben wir in den Rathäusern, in den Ländern und

Rede Helmut Kohl

27. BUNDESPARTEITAG

im Bund getan, um dieses Jahr des Kindes nicht nur zu proklamieren, sondern praktische, lebensbezogene Politik für die Kinder und Familien zu treiben?

Wir müssen die Familien materiell fördern. Kinderreichtum darf nicht länger in den sozialen Abstieg oder zur Armut führen.

Es ist ein schwerwiegender Fehler, es ist eine Fehlentscheidung von SPD und FDP, daß sie zur Förderung der Familien nur dort bereit sind, wo die Mutter bisher berufstätig war. Mit einem Wort: über diesem Konzept liegt eben immer noch der Muff des alten verstaubten sozialistischen Emanzipationsmodells.

Für uns geht es überhaupt nicht um die Entscheidung für oder gegen die Berufstätigkeit der Frau. Ich sage das in die Partei hinein, und wir müssen das endlich begreifen: das ist ausschließlich ihre persönliche Entscheidung, aus der sich der Staat herauszuhalten hat.

Uns geht es um die Förderung der Erziehungsleistung der Familie. Deshalb hat die CDU im Bundestag einen Gesetzentwurf eingebracht, der ein Familiengeld für alle Kinder — ohne jede Einschränkung — vorsieht. Das hat die Fraktion — manche sagen: endlich — getan, nachdem wir das lange genug auf Parteitage diskutiert und es seit langem beschlossen hatten.

Aber, wir müssen der Familie vor allem auch ihren verfassungsgemäßen Rang zurückgeben. Die fortlaufende Verrechtlichung — wie dieses scheußliche Wort heißt — im Bereich der Familie ist ein schwerwiegender Fehler.

Bei der Neugestaltung des Rechts der elterlichen Sorge und des Jugendhilferechts haben wir sorgfältig darauf zu achten, daß der Staat nicht auf leisen Sohlen noch immer weiter in den geschützten Bereich der Familie eindringt.

Wir werden der Bundesregierung hier kein Ausweichmanöver erlauben. Entweder sie gibt ihre Pläne auf, oder sie muß sich offen zu ihren ideologischen, sozialistischen Absichten bekennen.

In dieses weite Feld der Familie gehört auch die Herstellung der vollen Gleichberechtigung der Frauen in allen Lebensbereichen. Ich werde nicht müde, dies immer wieder in der Partei und auf Parteitage zu sagen, obwohl ich weiß, daß viele zwar im Prinzip und aus ihrem Verfassungsverständnis heraus dafür sind; nur, wenn es darum geht, im Kreisverband, im Landesverband, auch bei Kandidatenaufstellungen konkrete Konsequenzen zu ziehen, spüre ich viel zu wenig von dieser Vorstellung.

Deswegen müssen wir dieses Ziel wirklich gemeinsam angehen! Ich brauche nicht zu sagen, daß die überwiegende Mehrheit der männlichen Abgeordneten im Bundestag und in den Landtagen doch nur deshalb dort sitzt, weil so viele Frauen der CDU ihre Stimme gegeben haben.

Ich sage es noch einmal: Wir sind für die Herstellung der vollen Gleichberechtigung der Frauen in allen Lebensbereichen, und wir wollen die Wahlfreiheit für alle Frauen. Deshalb werden wir es nicht zulassen, daß die Entscheidung für die Familie gleichbedeutend wäre mit einer Entscheidung für ein Leben des Verzichts oder der Entbeh- rung.

27. BUNDESPARTEITAG

Rede Helmut Kohl

Es geht drittens um die ideellen Grundlagen unseres Volkes. Wer sich Gedanken über die Zukunft macht — und wer ist eigentlich mehr dazu berufen als eine große Volkspartei? —, stößt immer wieder auf den Tatbestand, den kritische Beobachter unserer Zeit als „Orientierungs- und Sinnkrise“ bezeichnet haben. Es muß uns doch nachdenklich stimmen: Trotz allen materiellen Wohlstandes, trotz eines dichten Netzes sozialer Absicherung sehen die Menschen ihrer Zukunft überwiegend pessimistisch entgegen.

Trotz eines in unserer Geschichte bisher einzigartigen Maßes an Freiheit und Freizügigkeit ziehen sich beachtliche Teile der jungen Menschen in einen privaten Winkel zurück. Diesen privaten Winkel finden heutzutage viele junge Menschen in einer alternativen Subkultur.

Nicht zuletzt deswegen müssen auch wir „Alternative Listen“ ernst nehmen. Fluchtbewegungen zu Drogen, Alkohol und Jugendsekten signalisieren ein Ausmaß an Hilflosigkeit und Resignation, das uns als Christliche Demokraten doch nicht gleichgültig lassen kann. Es hat den Anschein — ich will es zurückhaltend formulieren —, als vollziehe sich im Wertbewußtsein unserer Gesellschaft ein grundlegender Wandel.

Jahrelang wurde jede Form von Autorität in Frage gestellt, wurden Leistungen und Leistungsbereitschaft diffamiert, wurde die Familie als Sozialisationsagentur im staatlichen Auftrag behandelt, wurden die traditionellen Tugenden unserer politischen Kultur verketzert. Ist es ein Wunder, daß dies alles die Bürger verunsichert hat?

Diese Verunsicherung wirkt fort, weil regierungsamtlich fortdauernd mit falscher Münze gehandelt wird in der Wehrpflichtgesetzgebung, beim Fernhalten von Verfassungsfeinden aus dem öffentlichen Dienst, bei der Auseinandersetzung um die geistigen Grundlagen des Terrorismus.

Das Schlimme ist: Sozialdemokraten und Freie Demokraten wagen es gar nicht mehr, offen auszusprechen, daß es gerade in einem freiheitlich-liberalen Staat nicht nur Bürgerrechte geben kann, sondern auch Bürgerpflichten geben muß.

Dies klar auszusprechen, wäre das offene Eingeständnis von SPD und FDP des Bankrotts ihrer bisherigen sogenannten Reformpolitik. Sie müßten eingestehen, daß eben der allzuständige Staat die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit erreicht hat, sie müßten eingestehen, daß vor allem die Jugend mit einem falschen Begriff pflichtloser Freiheit und Selbstverwirklichung getäuscht wurde, sie müßten eingestehen, daß der demokratische Staat eben von seinen Bürgern mehr fordern muß als Steuern zahlen und das Einhalten bürokratischer Vorschriften.

Aber zu einem solchen Umdenken gehört Mut. Wir brauchen diesen Mut, wenn wir die Dinge zum Besseren wenden wollen. Denn auch bei uns gab es diesen oder jenen, der vom „Zeitgeist“ angeweht wurde. Wir brauchen den Mut zur Erziehung.

Wir brauchen Mut, wenn wir uns für die Wiederbelebung bewährter Tugenden einsetzen: für Pflichtbewußtsein und Nächstenliebe, für Opferbe-

reitschaft, für Fleiß und Einsatzwillen. Wir brauchen Mut, wenn wir den Bürgern sagen, daß wir uns hüten müssen, die Grenzen des Sozialstaats, die Grenzen des Möglichen zu übersteigen und zu überfordern.

Ich bin ganz und gar sicher — das ist die Erfahrung vieler Gespräche, die ich geführt habe, vieler Botschaften, vieler Briefe, die mich erreichen —, daß die große Mehrheit der Bürger in der Bundesrepublik Deutschland auch heute selbstverständlich bereit ist, sich in dieser Form überzeugend herausfordern zu lassen.

Wer den Blick in die Welt richtet, erkennt, daß überall, wo es sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen Fortschritt gibt, gerade den Tugenden nachgeeeifert wird, die auch unser Vaterland bisher immer vorangebracht haben.

Es wäre eine besonders törichte Form des Verrats an unserer Geschichte, wenn wir ausgerechnet die guten Eigenschaften, die unser Volk immer ausgezeichnet haben, mutlos einem bequemen Zeitgeist opfern würden.

Es gilt, ein Wort zur Sicherheitspolitik zu sagen, und das ist der vierte Punkt. In der 30jährigen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland hat die Union wichtige Grundsatzentscheidungen in der Außen- und Sicherheitspolitik gegen den Widerstand der Sozialdemokraten durchgesetzt. Es war unsere Politik unter Konrad Adenauer, die der Bundesrepublik Deutschland die Freiheit in der Europäischen Gemeinschaft der freiheitlichen Demokratien gesichert und den Frieden im Bündnis der NATO bewahrt hat. Diese Politik ist

heute noch genauso richtig wie unter Konrad Adenauer.

Ich sage dies, weil wir hier in kurzer Zeit auf den Prüfstand der Geschichte gerufen werden. Ich sage es, weil es bei der aktuellen Debatte um das deutsche und westliche Sicherheitssystem um weit mehr geht als um irgendein bestimmtes Waffensystem oder um ein paar Mißverständnisse in der Koalition.

Herbert Wehner — und der ist nicht irgendwer, er hat Hintermänner in seiner Partei — und andere in der SPD stellen die Fundamente unserer Friedens- und Sicherheitspolitik in Frage. Wer das gigantische sowjetische Waffenpotential als „defensiv“ ausgibt, der hat eine andere Sicherheits- und Bündnispolitik im Visier als wir. Alles, was Herbert Wehner in der vergangenen Woche zur Entspannungs- und Abrüstungspolitik gesagt hat, war gegen die Sicherheitsinteressen des Bündnisses gerichtet und stellt die politische und militärische Existenzberechtigung der NATO in Frage.

Ich frage Sie, ich frage die deutsche Öffentlichkeit: Was hat der Bundeskanzler dazu gesagt? Im Parlament hat er in den letzten Wochen viermal, mehr als drei Stunden lang, über Abrüstung, Sicherheit und Entspannung gesprochen. Aber den Mut, sich offen mit Wehners Provokationen auseinanderzusetzen und sich im Interesse unserer Sicherheit klar und unmißverständlich von Wehner abzusetzen, diesen Mut fand er nicht.

Ich habe das heute anders formuliert als im Bundestag, weil ich ein gelehriger Schüler der Herren Präsidenten im

27. BUNDESPARTEITAG

Rede Helmut Kohl

Bundestag bin. „Feigheit“ darf man nicht mehr sagen. Aber wenn wir sagen „Mangel an Mut“, weiß jeder, was damit gemeint ist.

Schmidt sprach im Bundestag von der „Vorhersehbarkeit“ und „Berechenbarkeit eigener Politik“. Wir sagen ja zu dieser These. Aber das setzt doch Klarheit in den Prioritäten voraus, Klarheit über das Verhältnis von Sicherheit und Abrüstung, Klarheit über das Verhältnis von Sicherheit und Entspannungspolitik. Wir sagen es noch einmal:

Für die Christlich Demokratische Union Deutschlands geht Sicherheit vor Abrüstung.

Wir stehen mit dieser Meinung auf der Welt nicht allein. Wenn man sowjetische Politiker fragt, wenn man französische, englische, amerikanische Politiker fragt, wird man von ihnen hören: Wenn es um ihr eigenes Land geht, sagen sie klar: Sicherheit geht vor Abrüstung. Was für die Sowjets und die Amerikaner recht ist, ist für die Deutschen in einem geteilten Land mitten im strategischen Kraftfeld der Weltpolitik ganz besonders richtig.

Aber wir sagen ebenso klar: Dient die Abrüstung der Sicherheit, wollen wir abrüsten. Für uns gibt es klare Kriterien für diese Politik: Sie muß dem Frieden dienen; sie darf eine Politik der Androhung, Anwendung oder Manifestation von Gewalt nicht ermutigen, und sie muß Gleichgewicht und Stabilität global und regional wahren oder wiederherstellen.

Was für Rüstungskontrolle und Abrüstung gilt, gilt auch für die Entspannungspolitik und unsere Beziehungen

zur Sowjetunion. Grundlage unserer Sicherheit ist und bleibt die westliche Allianz. Hier hat sich seit den großen Zeiten Konrad Adenauers nichts geändert.

Unsere Beziehungen zur Sowjetunion dürfen nicht zu Lasten unserer Freundschaft und Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika gehen, nicht zu Lasten des Bündnisses und nicht zu Lasten der Europäischen Gemeinschaft, die nach unserem Willen in der größeren Einheit eines europäischen Bündnisses aufgehen soll.

Uns Deutsche verbindet Freundschaft mit dem amerikanischen Volk, und auch das sollte einmal wieder deutlicher herausgearbeitet werden.

Diese Freundschaft hängt nicht — weder hier noch drüben — von der Amtsperiode einzelner Regierungen ab. Sie ist auch nicht abhängig davon, ob der Freund politische Erfolge oder Mißerfolge hat. Wer bei uns — und ich sage dies warnend — Mißerfolge etwa der amerikanischen Administration mit blanker Häme begleitet, der schadet zu allererst den deutschen und europäischen Interessen.

Der amerikanische Präsident Jimmy Carter ist in den letzten Wochen ein hohes Risiko eingegangen. Er hat den entscheidenden Durchbruch in den ägyptisch-israelischen Friedensverhandlungen erzwungen. Er hat zäh und unbeirrbar an dem Ziel festgehalten, den Frieden durch Verhandlungen herbeizuführen, und er hat mit uns gewonnen. Sein persönlicher Einsatz war beispielhaft.

Wir alle in Europa, wir, die Christlich Demokratische Union Deutschlands, sind dem amerikanischen Präsidenten, aber auch der israelischen und der ägyptischen Staatsführung für ihren politischen Mut und für ihren Friedenswillen zu tiefem Dank verpflichtet.

Aber mit Dank allein ist es nicht getan. Wir, die Bundesrepublik Deutschland, müssen — allein oder im Rahmen der Gemeinschaft — auch unseren eigenen Beitrag leisten, politisch und wirtschaftlich den Frieden im Nahen Osten stabilisieren zu helfen. Gerade wir, die Deutschen, haben ein unmittelbares Interesse daran. Wir wollen die traditionelle Freundschaft zu den arabischen Völkern weiter ausbauen, und wir wollen die neue Freundschaft, die wir mühsam genug an den Gräbern von Auschwitz mit dem Volke Israels gefunden haben, selbstverständlich auch in die Zukunft tragen. Beides sind wichtige Ziele deutscher Politik.

Wir bejahen die Entspannungspolitik. Aber für uns kann es Entspannungspolitik nur auf der Grundlage des Atlantischen Bündnisses geben.

Jeder Versuch, das Bündnis in seiner Bedeutung zu schwächen, die Bindungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika zu lockern, um etwa ein Sonderverhältnis mit der Sowjetunion zu schaffen, wird und muß auf unseren erbitterten Widerstand stoßen.

Ich habe aus Anlaß des Besuches des Generalsekretärs Breschnew im letzten Jahre gesagt — ich darf es wiederholen —: Es liegt im nationalen Interesse der Deutschen, sich für gutnachbarschaftli-

che Beziehungen mit der Sowjetunion einzusetzen. Wir sind bereit, die Sowjetunion als einen Partner zu betrachten, mit dem eine Zusammenarbeit in vielen Bereichen möglich und für beide Seiten von Vorteil ist. Das, was ich hier sage, gilt nicht nur für die Sowjetunion. Es gilt in einer besonderen Weise für unsere Nachbarn, die Polen, es gilt für die anderen Völker in Mittel- und Osteuropa.

Aber wir nennen auch die Bedingungen, die hier gelten müssen:

Friede und Entspannung messen wir an den Fortschritten im Sinne der Prinzipien der UN-Charta: Gewaltverbot, Souveränität, territoriale Integrität, Selbstbestimmungsrecht und Menschenrechte.

Die Schlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa schließt die Androhung von Gewalt aus; sie schließt aber auch die Manifestation von Gewalt aus, die den militärisch Schwächeren politisch erpreßbar werden läßt. Die Sowjetunion muß wissen, daß sie nicht beides gleichzeitig tun kann: aufrüsten und von Entspannung reden.

Helmut Schmidt ist bisher einer klaren Antwort aus dem Wege gegangen. Er hat — und das ist schon meisterhaft — im Bundestag seine völlige Übereinstimmung mit Herbert Wehner bekundet, und er hat gleichzeitig seinem Außenminister Hans-Dietrich Genscher gedankt, und das, obwohl gerade der Außenminister dem SPD-Fraktionsvorsitzenden in zentralen Punkten widersprochen hat.

Hier kommt eine der wichtigsten Herausforderungen für die letzten 25 Jahre

27. BUNDESPARTEITAG

Rede Helmut Kohl

dieses Jahrhunderts auf uns zu. Wir müssen diese Herausforderung annehmen.

Wir, die CDU/CSU, haben in 20 Jahren Regierungsverantwortung die Grundlagen dafür geschaffen, um unsere Freiheit im Bündnis mit der Freien Welt zu sichern, um den Frieden in Europa in der Atlantischen Allianz zu stabilisieren, um mit dem Ziel des vereinigten Europas die Einheit Deutschlands im europäischen Rahmen zu ermöglichen. An diesen Grundlagen unserer Politik lassen wir nicht rütteln.

Wir kämpfen um sie, und wir sind sicher, die große Mehrheit der Bürger der Bundesrepublik Deutschland wird mit uns sein.

Es geht nicht nur um den äußeren Frieden; es geht auch und nicht zuletzt um den inneren Frieden.

Auf Polarisierung, auf einem Freund-Feind-Denken läßt sich weder Freiheit noch Versöhnung aufbauen. Hier liegt eine der großen Aufgaben der Union.

Wir knüpfen dabei an die Leistungen Konrad Adenauers, Ludwig Erhards und Kurt Georg Kiesingers an, die das deutsche Volk nach dem Kriege mit sich selbst versöhnt haben, die aus Arm und Reich, aus Heimatvertriebenen und Einheimischen, aus unterschiedlichen sozialen Gruppen eine dem Aufstieg und der Zusammenarbeit verpflichtete Gemeinschaft geformt haben.

Deshalb muß die innere Einheit unseres Volkes unser Programm bleiben. Und deshalb ist es auch so wichtig, daß wir,

die Union, die innere Einheit beispielhaft vorleben.

Die Sozialdemokratie von heute läßt keine dieser Gemeinsamkeiten mehr gelten. Sie betreibt die Entfremdung der Gesellschaft, sie fördert die Entfremdung zwischen den Generationen, und sie scheut nicht davor zurück, Keile zwischen Eltern und Kindern zu treiben.

Wir, die CDU, müssen die Partei bleiben, die nicht Gräben aufreißt, sondern Brücken baut, die nicht für Einzelinteressen, sondern für das Gemeinwohl kämpft. Das ist der Nachweis, daß wir die große Volkspartei Deutschlands sind.

Es zeigt sich täglich mehr: Die SPD ist und bleibt die linke Interessenpartei in Deutschland.

Das Sinnbild des Sozialismus in allen Ländern ist nicht der Händedruck der Mitmenschlichkeit, nicht die zupackende Hand des Realisten, sondern die geballte Faust des Klassenkampfes.

Wir haben klare Sachprogramme. Wir haben hervorragende politische Persönlichkeiten. Wir stellen in unseren Reihen eine ausgezeichnete Mannschaft. Was wir brauchen, was wir mehr brauchen, ist mehr Stehvermögen, Selbstvertrauen, Geduld und die Entschlossenheit, unseren Weg unbeirrbar zu gehen. Das muß der Bürger wissen, das müssen wir ihm zurufen:

Wir, die CDU, bleiben die Partei, auf die man sich verlassen kann. Wir bleiben die Partei, auf die man in Freiheit bauen kann. Gehen wir gemeinsam an die Arbeit!

Heiner Geißler:

Wir sind unschlagbar, wenn wir einig sind

Ich möchte über fünf Voraussetzungen für eine erfolgreiche politische Arbeit der Christlich Demokratischen Union bis zur Bundestagswahl 1980 sprechen:

- 1. die Einheit der Union,**
- 2. die Sachkompetenz,**
- 3. den Glauben an die eigene Sache,**
- 4. die Fehler der SPD und**
- 5. unsere Mannschaft.**

Die Einheit der Union

CDU und CSU, die beiden Schwesterteilen, befinden sich in einer uns alle bewegenden Diskussion über die Zukunft unserer politischen Bewegung. Diese Diskussion wird durch die Tatsache verursacht, daß das durch das Verhalten der Freien Demokraten entstandene de facto 2-Parteien-System unserem Wahlsystem, das in der Regel auf Regierungswechsel durch Koalitionswechsel angelegt ist, nicht entspricht, und infolgedessen die Union, obwohl sie mit Abstand die stärkste Partei ist, von der Regierungsverantwortung ausschließt, solange sie nicht die absolute Mehrheit erreicht.

Darüber, welche Konsequenzen aus dieser Situation zu ziehen sind, müssen die Unionsparteien nicht auf Grund von Vermutungen, sondern auf Grund

von sorgfältigen Analysen und Fakten beraten und entscheiden.

Auf meinen Vorschlag hin werden die Generalsekretäre von CDU und CSU im Mai mit ihren Fachleuten eine Klausurtagung veranstalten, auf der rationale Entscheidungsgrundlagen für diese wichtige Frage erarbeitet werden. Bei allen Überlegungen dieser Art müssen Chancen und Risiken sorgfältig gegeneinander abgewogen werden.

Etwas jedoch dürfen wir in diesem Land Europas, durch das die Frontlinie zu dem mächtigsten totalitären System der Weltgeschichte verläuft, nie vergessen: Die Gründung der Union nach 1945 ist eine einmalige und sehr wahrscheinlich nie mehr wiederholbare geschichtliche Leistung.

Die Frauen und Männer, die nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes die Idee der Union durchsetzten, haben in der Geschichte Deutschlands ein neues Kapitel aufgeschlagen und die längste Zeit demokratischer, freiheitlicher und friedlicher Geschichte des deutschen Volkes begründet.

Einer aus unseren Reihen hat vor einigen Tagen gemeint, die Union sei kein Selbstzweck. In dieser Behauptung liegt eine Herausforderung.

Die Antwort, die uns die Geschichte

27. BUNDESPARTEITAG

Rede Heiner Geißler

unseres Volkes gibt, ist unzweideutig. Die letzten Jahrhunderte der deutschen Geschichte waren — zumeist leidvoll — geprägt durch das politische Gegeneinander der Konfessionen, durch das politische Gegeneinander der Regionen und durch das politische Gegeneinander der sozialen Gruppen. Dieses Gegeneinander zu überwinden, war in diesen Jahrhunderten das politische Ziel großer ideengeschichtlicher Bewegungen, bedeutender Staatsmänner und Denker und die Sehnsucht der Deutschen.

Für dieses Ziel haben Generationen gearbeitet, für sie war die Überwindung dieser Gegensätze nicht nur ein Instrument, sondern ein Ziel. Sie haben dieses Ziel in ihrer Zeit nicht erreicht. Erst nach der furchtbaren Katastrophe gelang es nach 1945 durch die Gründung der Union, die parteipolitische Antwort auf die Zersplitterung der vergangenen Jahrhunderte zu geben. Ich betone: eine wahrscheinlich nicht wiederholbare geschichtliche Leistung.

Ein Blick über die deutschen Grenzen lehrt, daß politische Bewegungen durch Zersplitterung keinen Zuwachs an Macht und Einfluß, sondern das genaue Gegenteil erreichen.

In Schweden haben die Sozialdemokraten über 30 Jahre regiert, weil das bürgerliche Lager zersplittert war. In Holland sind unsere Freunde in die Regierungsverantwortung gekommen, nachdem sie sich wieder geeinigt haben. Umgekehrt: In Italien regieren die Christlichen Demokraten seit über 30 Jahren, weil das linke Lager hoffnungslos zersplittert ist.

Wir müssen mit einer sicheren historischen Erkenntnis in die vor uns lie-

gende Zeit hineingehen. Diese Erkenntnis ist „wie alles Wahre“ ganz einfach: Zersplitterung schwächt, Einigkeit macht stark.

Etwas gilt es allerdings zu beachten: Der politische Gegner und die gegnerische Propaganda wollen an uns, Christlich Demokratische Union und Christlich Soziale Union, den Maßstab einer zentralistischen Einheitspartei anlegen. Damit wollen sie uns schaden. Verschiedene Stadien der Meinungsbildung, ja manchmal sogar Nuancen unterschiedlicher Beurteilung, sollen dadurch zum grundsätzlichen Konflikt zwischen den beiden Schwesterparteien hochgeputzt werden. Die Union sollte darauf nicht hereinfallen.

Die Union sollte unsere politische Bewegung richtig verstehen. Wenn wir dies tun, wird die Einheit der Union nicht zur politischen Lähmung führen. Das heißt, die Einheit der Union schließt nicht aus, daß in der einen oder anderen wichtigen Frage, ob schon in den Grundsätzen einig, wie z. B. beim Familiengeld, die eine Partei einen Schritt weitergeht als die andere. Im Gegenteil, auch zwischen Freunden kann Wettbewerb nicht schaden, sondern Gutes bewirken.

Die Sachkompetenz

Ich habe in Ludwigshafen darauf hingewiesen, daß eine Partei um so eher Zustimmung beim Bürger finden kann, je überzeugender ihre Antworten auf die realen Probleme der Bürger unseres Landes sind. Die konsequente Investition in die Sacharbeit hat sich, nach einer offenen, öffentlichen und auch kontroversen Diskussion, die wir als große Volkspartei selbstverständlich

Rede Heiner Geißler

27. BUNDESPARTEITAG

brauchen, gelohnt. Aber jede Legislaturperiode hat zwei Phasen: die Phase der sachpolitischen Aufrüstung durch offene Diskussion und abschließende Entscheidung und die Phase der Umsetzung. Dies entspricht der Logik einer vernünftigen Wahlkampf Vorbereitung.

Frage: Haben wir die erste Phase genutzt? Darüber kann sich jeder selbst ein Urteil bilden.

Die Partei hat diskutiert:

über Vollbeschäftigung und Arbeitszeitverkürzung — und entschieden;

über die Energiepolitik, über konventionelle und nukleare Energie — und entschieden;

über Umwelt und Wachstum und Entbürokratisierung;

hat diskutiert und entschieden:

über die Grundwerte in der Politik;

über die Ordnungsprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft;

über die Grundlagen unserer Rentenversicherung;

über neue Konzeptionen in der Familienpolitik;

über Sicherheit und Entspannung.

Dies ist die erste Phase, und wir sind im Zeitplan. Wir wollen auch in der Zukunft über neue Probleme diskutieren, weil die Zeit nicht still steht. Aber jetzt, eineinviertel Jahr vor der Bundestagswahl, müssen wir den Schwerpunkt auf die andere Phase legen, nämlich die Umsetzung dessen, was wir entschieden haben. Und diese Umsetzung kann nur gelingen, wenn wir unsere Entscheidungen dem Bürger gegenüber geschlossen und einheitlich vertreten. Wir wissen ja, wie man Wahlkampf führen muß. Wir müssen im Wahlkampf

gezielt argumentieren. Wir müssen den politischen Gegner im Visier behalten. Wir können ja nicht mit der Devise jener österreichischen Mörserbatterie in die Schlacht ziehen, die da lautet: „Feuer! — Trifft's, haut's alles z'sammen, trifft's nit, ist doch die moralische Wirkung eine ungeheure.“ Nach diesem Motto ist ein Wahlkampf natürlich nicht zu führen.

Der Glaube an unsere Sache

In den letzten Wochen hat es nicht an Versuchen des politischen Gegners und der ihm gewogenen Publizistik gefehlt, uns einzureden, daß die Bundestagswahl 1980 schon verloren sei, daß wir uns auf 1984 einzustellen hätten, und daß die SPD samt ihrem Kanzler nicht zu schlagen sei. Es gibt — wir wissen es — objektive Gründe dafür, daß dies falsch ist. Obwohl sie falsch ist, wird diese Prophezeiung mit Sicherheit dann wahr werden, wenn wir sie uns selbst zu eigen machen.

Wir würden dann gerade jenen Zustand selbst herbeiführen, den wir für 1980 verhindern möchten. Wir würden uns zu Erfüllungsgehilfen der eigenen Niederlage machen, nicht weil die Lage objektiv so ist, sondern weil alle, Feind und Freund, subjektiv daran glauben.

Ich wehre mich dagegen, daß wir durch Defätismus die eigene Niederlage herbeireden, was vor allem dann geschähe, wenn wir die Momentaufnahme eines Monats oder zweier Monate in den Herbst 1980 projizierten.

Daß wir Momentaufnahmen nicht zu langfristigem Trend umfälschen lassen dürfen, zeigt ein Blick auf die demoskopischen Schwankungen, die in der Ver-

27. BUNDESPARTEITAG

Rede Heiner Geißler

gangenheit jeweils innerhalb eines Jahres zu verzeichnen waren. 1974 schwankte der Stimmenanteil der Union zwischen 46 Prozent und 53 Prozent, 1975 zwischen 47 Prozent und 53 Prozent, 1976 zwischen 46 Prozent und 52 Prozent, im letzten Jahr, 1978, zwischen 47 Prozent und 52 Prozent.

Was kann man aus diesen Zahlen eigentlich ablesen? Keinen langfristigen Trend für das Wahlergebnis. Im Leitartikel der jüngsten Ausgabe der Wochenzeitung „Die Zeit“ stand:

„Die Existenzrisiken dieser Regierung sind größer, als es gegenwärtig den Anschein hat. Wie lange schon hält Normalität? Wie schnell kann sie sich als trügerisch erweisen? Die Bundestagswahl jedenfalls ist noch keineswegs entschieden. Sie wäre allerdings für die Union wohl verloren, wenn sie Parteieexperimente als Strategie ausgiebe und Personal auswechselte, ohne zu begreifen, daß sie nicht mehr gegen die erste sozial-liberale Reformregierung, sondern gegen das Konsenskabinettschmidt/Genscher zu Felde zieht.“

Diese Aussage ist eine Aktualisierung der allgemeinen politischen Erkenntnis eines unserer großen deutschen Staatsmänner. Zum politischen Gelingen, so sagte er, gehöre die Gunst der Stunde. Wir können die Uhren vorstellen — so sagte er —, die Zeit geht deshalb nicht rascher, und die Fähigkeit zu warten, während die Verhältnisse sich entwickeln, ist eine Vorbedingung praktischer Politik.

Dieser Staatsmann war Bismarck. Er schrieb dies im Zusammenhang mit der deutschen Einigung 1869 nach München an den preußischen Gesandten. Zwei Jahre später war Bismarck am Ziel.

Die Fehler der SPD

Jeder Defätismus und Aktionismus verbietet sich angesichts dieser zweifellos richtigen historischen politischen Erkenntnis, aber auch angesichts der Notwendigkeit des politischen Wechsels. Man kann aus der Opposition heraus nicht gewinnen — ich sage dies ganz offen —, wenn die anderen gut sind und keine Fehler machen. Aber sie sind nicht gut und sie machen Fehler.

Reden wir jetzt einmal von der SPD. Wer sich aus unseren Reihen auf 1984 einrichten will, den mache ich zunächst einmal auf folgendes aufmerksam: Im Marsch durch die Institutionen ist der linke Nachwuchs in Bonn und in den SPD-Ländern inzwischen bei unteren und zum Teil schon mittleren Führungspositionen angekommen.

Eine erneute SPD-Regierung von 1980 bis 1984 würde diesen Prozeß beschleunigen: Systemveränderung von oben durch Erlaß, Verfügung, Verordnung, wenn schon parlamentarische Mehrheiten für Gesetze nicht erreichbar sein sollten. Sozialisten haben nur dann etwas gegen den Obrigkeitsstaat, solange sie nicht selbst die Obrigkeit sind.

In unserer Partei nimmt die Diskussion über die sichtbare Staatsquote einen großen Raum ein. Fast unbemerkt aber durchsetzt die unsichtbare Staatsquote wie ein Krebsgeschwür Staat und Gesellschaft. Die durch staatliche Gebote und Verbote verursachten Kosten für die Unternehmer — Bürokratisierungskosten — erreichen mittlerweile eine Größenordnung, die dem Jahresüberschuß aller Unternehmen der deutschen Wirtschaft gleichkommt. Die Gesetzgebungsbürokratie zwingt die Pri-

Rede Heiner Geißler

27. BUNDESPARTEITAG

vatwirtschaft, z. B. Meldebögen für über 130 Statistiken zu bearbeiten.

Auch diese schleichende Sozialisierung würde nach 1980 bei einem Wahlsieg der anderen beschleunigt werden. Ein großer Teil der seit 1970 jährlich 8 000 bis 9 000 Konkurse, fast ausnahmslos im Handwerks- und Mittelstandsbereich, sind Opfer dieser unsichtbaren Staatsquote geworden.

Es gibt jedoch immer noch Leute in der Wirtschaft, die nicht bemerkt haben, daß durch die daraus resultierende Konzentration in der Wirtschaft — Ludwig Erhard hat immer dagegen angekämpft — und durch eine mittelstandsfeindliche Politik die Soziale Marktwirtschaft in den vergangenen Jahren salamischeibchenweise verkürzt wurde und diese Leute, weil sie diese Salamitaktik nicht bemerkt haben, immer noch glauben, die Soziale Marktwirtschaft sei bei Helmut Schmidt in guten Händen.

Es ist schon so: Die Berühmtheit manch eines Zeitgenossen ist auch in der Naivität seiner Bewunderer begründet. Es ist im übrigen nicht auszuschließen, daß sie ihn auch dann noch bewundern, wenn sie nur noch den Zipfel der Salamiwurst in der Hand halten.

Die SPD ist vor zehn Jahren ausgezogen, mehr Demokratie zu wagen, und hat mehr Bürokratie geschaffen.

Wie heißt denn der berühmte Satz von Godesberg? „Sozialismus wird nur durch die Demokratie verwirklicht, Demokratie durch den Sozialismus erfüllt.“ Das hat die SPD schon zehn Jahre vor der Regierungsübernahme geschrieben, und das war damals schon blühender Unsinn. Zehn Jahre

nach 1969 sollten die Leute ihr Programm umschreiben. So stimmt es schon eher für den realen Sozialismus: Sozialismus wird durch Bürokratie verwirklicht und Bürokratie durch den Sozialismus erfüllt.

Es stimmt im übrigen auch anders herum: Bürokratie wird durch Sozialismus verwirklicht und Sozialismus durch Bürokratie erfüllt. Sie können es genau herumdrehen.

Den Kampf gegen die Bürokratisierung müssen wir auch bei uns selbst führen. Wir sind aus unserem Verständnis von Staat und Gesellschaft dazu fähig. Bei uns ist Bürokratismus ein Fehler, beim Sozialismus ist er System. Dazu gehört auch — ich habe vorhin vom Familiengeld gesprochen —, daß wir die Interdependenz, die wechselseitige Abhängigkeit von sichtbarer und unsichtbarer Staatsquote erkennen. Jede Mark, die wir in die Familie zur Stärkung ihrer Erziehungsfähigkeit investieren, erspart uns einen Paragraphen beim elterlichen Sorgerecht und bei der Jugendhilfe.

Dies ist nicht in erster Linie eine Frage des Geldes. Dies muß nicht zu höheren Staatsausgaben führen. Die Bürger sind zu Opfern bereit, davon bin ich überzeugt, wenn wir ihnen sagen, wo, warum und wofür.

Von der SPD der 60er Jahre ist wenig übriggeblieben. Die Gewöhnung an die Macht kann satt, träge und arrogant machen. Die Sensibilität der SPD für Themen, die über den Tag hinausreichen, ist geschwunden, Teile der SPD versuchen als Konsequenz daraus, an die Zeit vor Godesberg, an den orthodoxen Marxismus wieder anzuknüpfen. Die Regierung

27. BUNDESPARTEITAG

Rede Heiner Geißler

und die Mehrheit der Bundestagsfraktion der SPD beschränken sich auf hohlen Tagespragmatismus.

Wenn wir heute im Wahlkampf mit Sozialdemokraten zusammenkommen, wenn wir mit ihnen diskutieren, im Betrieb, in Podiumsdiskussionen und ihnen die Frage stellen: „Was sagt ihr eigentlich den Leuten, warum sie SPD wählen sollen?“, dann ist die allgemeine Antwort, angefangen vom Bundeskanzler bis zum Ortsvorsitzenden in Kiel: „Wir fordern die Leute auf, SPD zu wählen. Warum? Weil es uns doch gut geht.“

„Es geht uns doch gut“, das ist die kardinale Aussage der Sozialdemokraten, und sie fügen hinzu: Es geht uns ja auch besser als z. B. den Bürgern in anderen Ländern. Das ist — grob, aber doch genau gesagt — der Kern der sozialdemokratischen Wahlkampfaußsage.

Aber ist dies der richtige Maßstab für die Beurteilung der Frage, welcher Partei wir Gegenwart und Zukunft der Bundesrepublik Deutschland anvertrauen dürfen? Konnten die Bürger der Bundesrepublik Deutschland diese Frage nicht auch unter christlich-demokratischen Regierungen genauso mit einem Ja beantworten, ja noch viel überzeugender mit einem Ja beantworten — ohne Arbeitslosigkeit, ohne Numerus clausus, ohne Abschaffung der brutto-lohnbezogenen Rente?

Deswegen sage ich: Ist dies überhaupt die richtige Frage? Ist dies etwas Neues? Nein, die Parteien müssen sich danach beurteilen lassen, ob sie die wirklich vorhandenen Probleme der Gegenwart und der Zukunft erkennen und die

richtigen Antworten auf die sich daraus ergebenden Fragen formulieren.

Heute gehen wir mit 1,7 Millionen zerstörten Arbeitsplätzen in die 80er Jahre mit der Folge, daß Hunderttausende von jungen Menschen in diesen 80er Jahren vor einer vernagelten Welt stehen.

Wir sind das geburtenschwächste Land der Welt — mit der Folge, daß wir der nach uns kommenden Generation Lasten auferlegen, die von ihr nicht getragen werden können.

220 Milliarden DM Gesamtverschuldung sind unter dem Finanzminister und Bundeskanzler Helmut Schmidt angewachsen, zur Abzahlung und Verzinsung übertragen auf die jetzt Zehn-, Fünfzehn- und Zwanzigjährigen.

Was sagen die Sozialdemokraten zur Begründung der Forderung, sie zu wählen? Es geht uns gut. Geht es uns gut? Es stimmt noch nicht einmal ganz. Millionen Menschen in der Bundesrepublik geht es gar nicht gut: den Alten, den Witwen, den sozial Schwachen, den Behinderten, den Familien mit Kindern. Die Antwort stimmt also nicht!

Außerdem ist es gar keine Antwort. Es ist keine Antwort für eine Partei, die für das, was nach uns kommt, Verantwortung tragen will. Eine Partei, die von ihrem Ansatz her Politik auf materialistische Fragen reduziert, die Politik vom angeblich alles dominierenden Konflikt zwischen Kapital und Arbeit ableitet, besitzt nicht die innere Kraft, Leistungen für die Zukunft durch Opfer in der Gegenwart zu ermöglichen. Vielleicht ist dies auch ein entscheidender

Rede Heiner Geißler

27. BUNDESPARTEITAG

Fehler unserer Gesellschaft. Helmut Schmidt gehört zu den Menschen, die vielleicht auch deshalb etwas gelten, weil ihre Fehler die Fehler der Gesellschaft sind.

Nur eine Partei, die davon überzeugt ist, daß sowohl das menschliche Leben wie auch die Politik einen Sinn über die eigene Generation, ja über das eigene Leben hinaus besitzen, hat die Kraft, die Zukunft zu gestalten. Nur eine solche Partei wird in der Lage sein,

— die Aufgabe zu erfüllen, für diejenigen Sorge zu tragen, die nicht über die Droh- und Störpotentiale großer Organisationen verfügen;

— die Aufgabe zu erfüllen, den Ländern der Dritten und der Vierten Welt zu helfen;

— die Aufgabe zu erfüllen, für die Generationen nach uns Verantwortung zu tragen.

Die SPD lebt aus der Vergangenheit für die Gegenwart, aber auf Kosten der Zukunft.

Die bessere Mannschaft

Als Voraussetzung für den politischen Erfolg habe ich genannt: die Einheit, die Sachkompetenz, den Glauben an die eigene Sache und die Fehler der anderen. Ich möchte jetzt über unsere Mannschaft etwas sagen.

Die Menschen fragen heute nicht nur nach materiellen Zielen in der Politik. Sie fragen eine Partei nach den geistigen Grundlagen und den Grundwerten, die ihre Politik inspirieren.

Die kommende Zeit ruft nicht nach den kalten Machern, nach den Zynikern, die keine Ehrfurcht vor der Verfassung und

keine Ehrfurcht vor dem Wort haben, das sie dem Bürger einmal gegeben haben. Unsere Zeit braucht andere Politiker als solche, die ihre Politik mit dem Satz begründen: Uns geht es ja gut.

Unsere Zeit braucht — davon bin ich überzeugt — Politiker mit menschlichem Format, die nicht nur an sich und ihre Gruppe, sondern auch und vor allem an die Interessen aller denken.

Unsere Zeit verlangt nach Politikern, die in der Lage sind, ihre Person hinter die Sache und in den Dienst einer Aufgabe, einer Idee zu stellen, die Führen nicht mit Kommandieren verwechseln, sondern sich der oft langwierigen Mühe des Gesprächs, der Integration und des Überzeugens unterziehen, nach Männern mit persönlichem Mut und sicherem Urteil, die durchhalten und nicht kapitulieren. Die Partei weiß, was sie will. Aus diesen Gründen wähle ich nachher Helmut Kohl.

Ausweis der Qualität der Führung ist auch die Qualität der Mannschaft. Wir haben kein Schattenkabinett, aber wir stellen mit unserer Mannschaft die anderen noch allemal in den Schatten. Ich nenne:

Gerhard Stoltenberg, der das Gesicht der Union entscheidend prägt und Schleswig-Holstein erfolgreich regiert; deshalb wird er gewinnen.

Hans Katzer; er steht für sozialen Fortschritt in Deutschland und morgen in Europa: sozial, nicht sozialistisch.

Alfred Dregger, der beweist, daß man durch konsequente christlich-demokratische Politik in einem Stammland der SPD die Mehrheit umkehren kann.

27. BUNDESPARTEITAG

Rede Heiner Geißler

Wir brauchen Klugheit und Menschlichkeit in der Politik, wir haben

Hanna Renate Laurien;

Walther Leisler Kiep; ihm wünschen wir Glück bei seiner Mission für das westliche Bündnis in der Türkei und natürlich auch — das füge ich gerne hinzu — Glück, wenn er für uns Geld beschaffen muß.

Heinrich Köppler; er hat mit dem Volksbegehren christlich-demokratische Schulpolitik durchgesetzt. Die gesamte Union wird ihm helfen, der SPD-Herrschaft in Nordrhein-Westfalen ein Ende zu setzen.

Kurt Biedenkopf; er hat in der Wirtschaftspolitik neue ordnungspolitische Akzente gesetzt und als Generalsekretär unserer Partei wichtige neue geistige Impulse gegeben.

Hans Karl Filbinger; er hat Baden-Württemberg zu einem Stammland der CDU gemacht und dieses Land an die wirtschaftliche und soziale Spitze der Bundesländer geführt.

Ernst Albrecht; er hat aus der Opposition heraus die Regierungsverantwortung und die absolute Mehrheit für die CDU in Niedersachsen gewonnen, und

— dafür gilt ihm besonderer Dank der CDU — er hat Menschen auf der Flucht in sein Land aufgenommen.

Diese Freunde kandidieren für das Parteipräsidium.

Und weil sie dazu gehören, nenne ich noch einmal unsere Ministerpräsidenten: **Franz Josef Röder**, Ministerpräsident des Saarlandes, **Lothar Späth**, Ministerpräsident von Baden-Württemberg, und **Bernhard Vogel**, Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, dem ich für seinen persönlich hervorragenden Wahlkampf danke.

Ich nenne noch einen, der sich in Berlin — es ist schon gesagt worden, aber es kann nicht oft genug gesagt werden — bravourös geschlagen und zusammen mit Peter Lorenz zum zweiten Mal die CDU in der deutschen Hauptstadt zur stärksten politischen Kraft gemacht hat: unseren Freund **Richard von Weizsäcker**.

Eines ist klar: Diese Mannschaft ist unschlagbar, wenn sie einig ist.

Der 23. Mai — **Karl Carstens** als Bundespräsident — ist ein Beweis dafür, daß sich unsere Arbeit lohnt. Wir können gewinnen, wenn wir wollen.

Walther Leisler Kiep:

Die Parteifinanzierung ist auch eine gemeinsame Aufgabe

Für alle in der Finanzierungsarbeit unserer Partei Tätigen sind die zurückliegenden zwei Jahre ungewöhnlich schwierig gewesen. Das gilt sowohl für die Schatzmeister unserer Ortsverbände als

auch für alle anderen Ebenen unserer Partei bis hin zum Bundesschatzmeister. Erlauben Sie mir, Ihnen in fünf Punkten meinen Rechenschaftsbericht zu erstatten.

I.

Es erfüllt mich persönlich keineswegs mit Genugtuung, daß sich die kritischen Perspektiven, die ich in meinem letzten Bericht vor unserem Düsseldorf-Parteitag mit dem Hinweis auf ungelöste politische Probleme der Finanzierungsarbeit angesprochen hatte, voll bewahrheitet haben.

Und es ist für mich ebensowenig eine Genugtuung, daß alle nach wie vor offenen Fragen die Schatzmeister aller Parteien gleichermaßen bewegen. Die Erkenntnis ist heute allgemein. Sie hat am Anfang aller gemeinsamen Bemühungen gestanden, daß es notwendig ist, das Parteienfinanzierungsrecht neu zu ordnen.

Die Arbeiten daran — parteiintern und über die Grenzen der Parteien hinweg — haben so sehr im Vordergrund der

politischen Finanzierungsarbeit gestanden, daß sie allein schon wegen ihrer quantitativen Bedeutung in meinem Bericht als Schatzmeister an erster Stelle genannt werden müssen.

II.

Ich stelle mit Befriedigung fest, und ich werte dies als ein positives Ergebnis unserer Arbeit im Berichtszeitraum, daß die öffentliche Diskussion über die Parteifinanzierung in den letzten Monaten sehr viel sachlicher geworden ist. Dies ist gewiß auch eine Folge der Bereitschaft unsererseits, über Aufgaben, Ausgaben und die damit verbundenen finanzwirtschaftlichen Grunddaten in aller Offenheit zu diskutieren.

Niemand kann von uns erwarten, daß wir über eine öffentliche Diskussion von Budget- und Planzahlen Details unserer

27. BUNDESPARTEITAG

Rede Walther Leisler Kiep

geplanten politischen Arbeiten bekanntgeben. Das würde jeden politischen Wettbewerb, der ja immer auch finanzwirtschaftliche Aspekte hat, widersprechen. Das haben im übrigen politischer und wirtschaftlicher Wettbewerb miteinander gemeinsam.

Aber die Parteien haben einen verfassungsrechtlichen Auftrag zu erfüllen.

So wie es legitim ist, zur Erfüllung der Verfassungsaufgaben ausreichende Finanzierungsbedingungen zu fordern, ist es andererseits auch geboten, daß die Parteien über ihre Ausgaben die Öffentlichkeit detailliert unterrichten.

Wir haben dazu im letzten Jahr, wie ich meine, einen offensiven Beitrag geleistet, als wir in einer begleitenden gutachtlichen Wertung alle finanzwirtschaftlichen Daten der CDU-Bundespartei den Stellen, die einen Beitrag zur Reform des Parteienfinanzierungsrechts leisten können, auf den Tisch gelegt haben.

Ich fühle mich auch in diesem Punkte nicht in der Rolle als Kontrahent, sondern als Partner der öffentlichen Meinung.

III.

Es ist im vergangenen Jahr, aber auch in jüngster Zeit, über die Schulden der großen Parteien und damit auch unserer Partei gesprochen worden. Dabei hat es Richtiges und Falsches gegeben.

Richtig ist, daß wir zur Vorfinanzierung unserer laufenden Ausgaben und insbesondere auch für das Europa-Wahlkampfbudget mehr als bisher üblich Kredite aufnehmen mußten. Das hat mit dazu geführt, daß sich zu den Bilanzstichtagen unsere Verschuldung erhöht

hat. Aber sie wird sich im Rahmen unserer diesjährigen Finanzplanung auch wieder reduzieren.

Nur, liebe Freunde, Sie müssen dies vor allem auch vor dem Hintergrund stetig ansteigender Anforderungen an Leistung und Leistungsfähigkeit der Bundespartei sehen.

IV.

Mit diesen Hinweisen ist für das zukünftige Finanzierungsproblem auf allen Ebenen unserer Partei das so wichtige Thema der Ausgaben und damit der Ausgabenbeschränkungen angesprochen. Die Forderung nach Beschränkung der Ausgaben ist sehr schnell gestellt — aber wenn es um die Konkretisierung geht, bleiben zum Schluß immer mehr Fragen als konstruktive Lösungen.

Ich habe in diesen für uns alle sehr schwierigen Tagen und Wochen erstmals ein wenig Erleichterung verspürt, als wir im Zusammenhang mit der einstimmigen Verabschiedung des Etats der Bundespartei für das Jahr 1979 mit großem Ernst eine erste Diskussion über unsere finanzwirtschaftlichen Probleme führen konnten. Wir werden auf einer Finanzkonferenz des erweiterten Bundesvorstands im Sommer dieses Jahres das Thema Ausgabenbeschränkungen der Bundespartei erneut aufgreifen und dabei auch — zumindest ist das meine Absicht — über die Begrenzung der Wahlkampfausgaben im nächsten Jahr zu sprechen haben.

Ich weiß mich hierin in jedem Fall einig mit den Kollegen aus dem Bundesfinanzausschuß, denen ich an dieser Stelle für alle ihre Hilfe und für ihre kritische Begleitung unserer Arbeit sehr

herzlich danke. Ich hoffe aber auch sehr, daß es mir gelingt, im Bundesvorstand genügend Mitstreiter zu finden, um auf diesem für unsere politische Glaubwürdigkeit so wichtigen Weg ein wesentliches Stück voranzukommen.

Charity begins at home — Wohltätigkeit beginnt zu Hause. Auf unseren Arbeitsbereich übertragen heißt das nichts anderes als dies:

Die Finanzen unserer Partei im Gleichgewicht zu halten, verlangt vor allem das ständige kritische und selbstkritische Fragen nach der Sinnhaftigkeit, der Zweckmäßigkeit und auch der politischen Effizienz jeder einzelnen Ausgabenposition.

Wir können die Qualität und die Wirksamkeit unserer politischen Arbeit sehr wohl auch dadurch erhöhen, daß wir das finanzielle Gleichgewicht in unserer Partei zu einem vorrangigen gemeinsamen politischen Ziel machen.

V.

Finanzierungsarbeit ist mehr denn je politische Arbeit, und sie muß deshalb auch ein gemeinsames Anliegen aller verantwortlich Tätigen in unserer Partei, auf allen Ebenen, sein. Ich bin zu-

versichtlich, daß wir dieses Ziel erreichen werden. Aber — ich wiederhole es noch einmal:

Wir brauchen dazu die Absicherung durch ein neues Parteienfinanzierungsrecht. Ohne eine solche neue rechtliche Grundlage, die dem verfassungsmäßigen Auftrag der politischen Parteien gerecht wird, werden wir die für uns so wichtigen Finanzierungsaufgaben des Jahres 1980 nicht lösen können.

Aber genauso brauchen wir für die Lösung dieser Aufgaben auch jenes Solidaritätsverständnis, dem wir in allen vorangegangenen Jahren unsere Erfolge letzten Endes zu verdanken hatten.

Ich habe mich dafür zu bedanken, daß in den letzten zweischweren Jahren, die hinter uns liegen, diese Solidarität mir gegenüber in so hohem Maße erbracht worden ist. In diesem Geiste sollten wir auch die Arbeit der vor uns liegenden, gewiß nicht leichten Wochen und Monate beginnen.

Es ist meine feste Absicht und mein Versprechen an Sie, auch in den nächsten zwei Jahren nach besten Kräften meinen Beitrag dazu zu leisten.

Gerhard Stoltenberg:

In Schleswig-Holstein gibt es keine Alternative zur Union

Wir spüren in diesen Wochen Aufwind, und unsere Partei ist von Zuversicht erfüllt, obwohl wir genau wissen, daß in diesem Land bis zum letzten Tag hart gearbeitet werden muß, um die 50 Prozent zu erreichen, erklärte Gerhard Stoltenberg zum Auftakt des 27. Bundesparteitages in der Kieler Ostseehalle. Wir müssen genauso

hart arbeiten, um die 50 Prozent zu erreichen, wie unsere Freunde im schwäbischen Oberland, um die 60 oder 65 Prozent zu erreichen. Die Ausgangsbedingungen sind eben ein bißchen verschieden. Aber wir glauben, daß wir es schaffen. Von diesem Bundesparteitag erhoffen wir uns einen starken und positiven Impuls.

Konzentration auf die Landespolitik bedeutet ja nicht Provinzialismus. Überall sind die unmittelbaren Beziehungen zur deutschen und europäischen Politik erkennbar, aber auch die verbindliche Kraft in den geistigen Grundlagen unseres Handelns.

Schleswig-Holstein galt in den Nachkriegsjahren einmal als „Armenhaus“ der Bundesrepublik Deutschland. Dieses Wort ist erfreulicherweise längst aus dem Sprachgebrauch der Politik und der Journalisten verschwunden.

Wir konnten durch die Tüchtigkeit der Menschen und eine zielstrebige Landespolitik unsere Stellung im Bundesvergleich entscheidend verbessern. Alle wesentlichen Daten zeigen dies eindrucksvoll: Auf dem Arbeitsmarkt, beim Wirtschaftswachs-

tum, Wohnungsbau, bei den kulturellen und sozialen Einrichtungen und vieles andere mehr. In den vergangenen Jahren waren wir das einzige Bundesland, in dem es noch eine nennenswerte Zunahme der Bevölkerung gibt.

Was nun die Hamburger anbetrifft: Wenn der Bürgermeister Klose seine für die Hamburger so beunruhigenden politischen Seitensprünge fortsetzt, müssen wir mit einer stürmischen Zunahme der Wachstumsrate an Zuwanderung aus Hamburg rechnen.

Auch die Hamburger Sozialdemokraten tagen gerne in Schleswig-Holstein. Vor wenigen Wochen erst hatte ihre Bürgerchaftsfraktion mit dem Senat erneut eine Klausurtagung in Timmendorfer Strand. Zehn Stunden lang stritten sie

Rede Gerhard Stoltenberg

27. BUNDESPARTEITAG

dort über die Frage, ob zwei Kommunisten im Schuldienst beschäftigt werden sollten oder nicht — 80 Politiker zehn Stunden! —, ohne sich einig zu werden, ein Vorgang, meine lieben Freunde, der viel mehr über die innere Verfassung der Sozialdemokraten hier im Norden aussagt als zahlreiche lange Reden.

Eine große gemeinsame Sorge der vier Küstenländer ist die unverändert schwere Existenzkrise von Schifffahrt, Schiffbau und Fischerei. Diese Wirtschaftszweige sind für uns genauso wichtig und genauso unverzichtbar wie Kohle und Stahl für das Ruhrgebiet. Hier vollzieht sich jetzt ein drastisch anhaltender Schrumpfungsprozeß an Arbeitsplätzen, vor allem durch den dramatischen Verlust von Marktanteilen auf Grund schwerer Wettbewerbsverzerrungen.

Andere Länder, auch innerhalb der EG, fördern ihre Unternehmen in diesem Bereich doppelt so stark wie wir. Das gilt übrigens auch nach dem neuen Werfthilfeprogramm. Die Ostblockstaaten betreiben hier eine Politik der rücksichtslosen Preisunterbietung. Wir erwarten von der Bundesregierung, daß sie die Möglichkeiten für die kommunistischen Staatsreedereien, bei uns am Handel mit der westlichen Welt teilzunehmen, energisch von der Einhaltung fairer Wettbewerbsregeln abhängig macht. Sonst sind die wirtschaftlichen, die arbeitsmarktpolitischen, aber hier auch die sicherheitspolitischen Schäden nicht mehr kalkulierbar.

Wir Schleswig-Holsteiner sind durch betonte Eigenständigkeit bestimmt. Das Leben an den Meeren und Seen, die Auseinandersetzung mit den Naturgewalten hat die Daseinsauffassung und die Eigenart der Menschen

ebenso geprägt wie die Schönheit des Landes und seine reiche kulturelle Tradition.

Als Landesvorsitzender der CDU schließlich möchte ich an den ersten Bundesparteitag der CDU Deutschlands in Kiel im Jahre 1958 erinnern. Er war, wie die Protokolle ausweisen, bestimmt durch die großen Erfolge des Wiederaufbaus, der Sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhards und der Bündnis- und Europapolitik Konrad Adenauers. Das Fundament für die Europäische Gemeinschaft wurde kurz zuvor, 1957, heute genau vor 22 Jahren, mit den Römischen Verträgen gelegt. Gut zwei Jahrzehnte später verzeichnen wir sicher bedeutende Fortschritte im wirtschaftlichen Leben und auch im Handelsverkehr ihrer Mitgliedstaaten. Aber die großen politischen Hoffnungen jener Zeit, die sich mit dem Begriff Europa verbanden, sind bis heute nicht in Erfüllung gegangen.

Deshalb sind wir besonders dankbar, daß dieser Bundesparteitag 1979 nach manchen Enttäuschungen und Rückschlägen der Vergangenheit das Thema Europa in den Mittelpunkt seiner Beratungen und Aussagen stellen wird. Es geht nicht nur in der Geschichte der CDU, sondern auch im aktuellen Selbstverständnis darum, daß wir uns als die geistigen und politischen Vorkämpfer einer überzeugenden europäischen Einigungspolitik beweisen.

Damals, 1958, waren wir in Bonn Regierungspartei. Heute sind wir seit fast zehn Jahren im Bund in der Opposition. Das ist für die stärkste Fraktion im Bundestag und für uns alle eine besonders anspruchsvolle und schwierige Aufgabe. Mit 10 oder 30 Prozent der

27. BUNDESPARTEITAG

Rede Gerhard Stoltenberg

Wähler kann man leichter mit dieser Situation leben als mit über 48 Prozent. Niemand ist deshalb überrascht, wenn immer wieder leidenschaftlich, engagiert, manchmal auch kritisch, die Frage erörtert wird, wie wir die Regierungsverantwortung im Bund zurückgewinnen können.

Wer freilich die Bilanz dieser Debatten der letzten Jahre zieht, wird feststellen, daß es darauf keine einfachen Antworten und daß es dafür auch keine Patentrezepte gibt. Wer gründlicher analysiert, muß hinzufügen, daß Opposition in Bonn, so hart sie ist und als so hart wir sie alle empfinden, auch nicht politische Ohnmacht bedeutet.

Aus der Sicht unserer politischen Gegner in Bonn sind wir einflußreicher und in gewisser Weise auch mächtiger, als uns selbst das manchmal in Stunden der Sorge erscheint.

Schmidt, Genscher und viele andere haben in den letzten zwölf Monaten in manchen sogenannten Hintergrundgesprächen oder informellen Gesprächskreisen immer wieder darauf hingewiesen. Die erheblich gestärkte Position der Fraktion in der kommunalen Selbstverwaltung, vor allem im Bereich der Städte, ihre Regierungstätigkeit in sechs Bundesländern, die Mehrheit im Bundesrat, die Opposition von fast 49 Prozent der Abgeordneten im Bundestag: dies scheint den Lenkern und den Denkern der Koalition eine ständige große Herausforderung zu sein.

Vielleicht ist dieses Gefühl der Begrenztheit ihrer eigenen Position auch ein Teil des psychologischen Hintergrundes für die unglaubliche Kampagne, die wir jetzt vor der Neuwahl des Bundespräsidenten in der Bundesrepublik Deutschland erleben. Ich sage:

vielleicht eine psychologische Teilerklärung für den Hintergrund, auf keinen Fall auch nur der Ansatz einer Rechtfertigung dafür, wie bis in die letzten Tage hinein auch in Schleswig-Holstein versucht wird, unseren Freund Karl Carstens in unfairer Weise abzuqualifizieren und anzugreifen.

Ich habe diese Positionsbeschreibung nicht gegeben, um irgendwelche Stimmungen und Selbstzufriedenheit hervorzurufen. Dazu gibt es überhaupt keine Veranlassung.

Aber wir sollten uns durch düstere Kommentare, Selbstzweifel des einen oder anderen und die unbestreitbare Härte des Oppositionsschicksals im Alltag des Bonner Parlaments auch nicht den nüchternen Blick für die Wirklichkeit und die realen Möglichkeiten trüben lassen, vor allem nicht die feste Entschlossenheit nehmen lassen, alles heute mögliche zu tun, um von festen politischen und sittlichen Überzeugungen her für das Wohl unseres Vaterlandes zu arbeiten und mit aller Kraft die Voraussetzungen dafür zu schaffen, möglichst bald durch demokratische Wahlen wieder die Verantwortung für die deutsche Regierungspolitik übernehmen zu können.

Was unsere Landtagswahlen betrifft, so kann man darüber jetzt vieles lesen und hören. Schleswig-Holstein ist kein Land mit natürlichen vorgegebenen Mehrheiten. Unsere Mitbürger sind immer mobile und für die Parteien nicht ganz leicht kalkulierbare Wähler gewesen. 1947 erzielte die Sozialdemokratie hier die absolute Mehrheit. 1950 wurde sie von einer Mehrparteien-Koalition unter der Führung der CDU abgelöst; übrigens damals mit einem Stimmenanteil der

Rede Gerhard Stoltenberg

27. BUNDESPARTEITAG

CDU von rund 26 Prozent. Das waren noch Zeiten, meine lieben Freunde, als man mit 26 Prozent eine Regierung übernehmen konnte.

Wir haben durch die erfolgreiche Arbeit der vergangenen Jahrzehnte insbesondere unter der Verantwortung Friedrich-Wilhelm Lübkes, Kai Uwe von Hassels und Helmut Lembkes viele neue Wähler dazugewonnen und unsere politische Basis verbreitert. 1971 erzielten wir erstmals — ohne Koalition — selber die Mehrheit, 1975 erneut.

Jetzt in diesen Wochen arbeiten wir mit aller Kraft dafür, am 29. April zum dritten Mal das Vertrauen einer Majorität unserer Mitbürger zu gewinnen.

Wir sehen uns da natürlich einem besonders lebhaften Interesse auch unserer politischen Gegner ausgesetzt. SPD und FDP versuchen zur Zeit in Bonn vor allem und auch ein bißchen in Kiel einen betonten Optimismus zu demonstrieren. Nun, dazu kann ich sagen: dies alles haben wir schon früher erlebt, vor allem 1971 und 1975.

Von den vielfältigsten Äußerungen der letzten Tage war eine am aufschlußreichsten. Nach der Sitzung der Führungsgremien der SPD trat Egon Bahr vor das Zweite Deutsche Fernsehen und sagte zum Schluß seines State-ments: „Aber die Schleswig-Holsteiner müssen daran denken, daß sie auch zur Bundesrepublik Deutschland gehören.“

Dies war ein tiefenpsychologisch höchst interessanter Vorgang. Daß wir zur Bundesrepublik Deutschland gehören, das wußten wir schon, als Egon Bahr noch auf der Landkarte nachsehen mußte, um Flensburg und Nordfriesland und Dithmarschen einzuordnen.

Nein, hier kommt etwas anderes zum Ausdruck: die in den Führungsgremien der Sozialdemokraten und der Freien Demokraten und unter ihren Kandidaten und Funktionären verbreitete große Sorge, die Schleswig-Holsteiner könnten in der Tat davon ausgehen, daß eine Landtagswahl eine Landtagswahl ist, daß es also am 29. April um die konkrete Entscheidung für die Zukunft dieses Bundeslandes geht.

SPD und FDP wissen, daß sie in der Landespolitik erschreckend schwach sind und daß sie über keine eindrucksvollen Alternativen verfügen. Deshalb möchte man sich sozusagen an die Rockschoße des sonst von der sozialdemokratischen Führung in Schleswig-Holstein wenig geschätzten Bundeskanzlers hängen, um von den eigenen Blößen abzulenken und die Landtagswahl so zu einer Art Plebiszit über Bundespolitik zu machen.

Jochen Steffen, unser alter Gegenspieler, der langjährige Vorsitzende der SPD, hat dieses taktische Spiel übrigens jetzt am deutlichsten gekennzeichnet. Er schrieb vor 14 Tagen: Wenn die SPD Schleswig-Holsteins jetzt behauptet, es gehe um eine Mehrheit für Herrn Schmidt, dann sei das vollkommen unzutreffend. Er fügte hinzu: Seine Politik ist nicht ihre Politik und ihre Politik ist nicht seine Politik.

Ich füge hinzu: Seine Politik ist auch nicht unsere Politik und ihre Politik ist auch nicht unsere Politik. Aber wenn die so zerrissen sind, wenn die dieses taktische Spiel aufführen, dann spricht vieles dafür, daß eine Mehrheit der Schleswig-Holsteiner sagt: Dann lieber unsere Politik der Union; da wissen wir, wo es längs geht, da wissen wir, woran wir sind.

Diskussion:

Die Bürger mit unseren besseren Argumenten überzeugen

Nach den Berichten von Helmut Kohl, Heiner Geißler, Walther Leisler Kiep und Gerhard Stoltenberg fand auf dem Parteitag eine umfassende Diskussion über die politische Lage und die in den vergangenen Monaten vielerörterten Personalprobleme statt. Nachfolgend die Diskussionsbeiträge des Ehrenvorsitzenden Kurt Georg Kiesinger und der Mitglieder des Präsidiums: Hanna-Renate Laurien, Ernst Albrecht und Kurt Biedenkopf.

KURT GEORG KIESINGER

Ich möchte diesen Parteitag nicht gern passieren lassen, ohne in der gegenwärtigen Situation das Wort an Sie gerichtet zu haben. Ältere Herren pflegen bei solchen Gelegenheiten ja gern mit ihren Lebensjahren zu kokettieren. Diese Rolle liegt mir nun keineswegs, aber es läßt sich nun einmal nicht leugnen, daß ich in diesem Saale einer der ältesten nicht nur an Lebensjahren, sondern auch einer der ältesten an Wirkungsjahren in der Christlich Demokratischen Union bin, und zwar eigentlich von Anfang an immer in vorderster Linie.

Ich habe im vergangenen Jahr selten und dann nur zögernd das Wort genommen, weil ich von salbungsvollen Belehrungen nicht viel halte. Aber er-

lauben Sie mir heute, im Anschluß an das, was unser Freund Geißler gesagt hat, ein paar Worte an Sie zu richten.

Heiner Geißler hat vor Defätismus gewarnt. Ich möchte noch ein wenig weitergehen und zu Optimismus ermutigen.

Die Situation der Union ist in gewisser Weise paradox. Er hat es schon gesagt: Wir sind im Bund, wir sind in fast allen Ländern, auch in denen, wo wir nicht regieren, die stärkste Partei; nur Hamburg und Bremen sind ausgenommen. Doch ist es eine furchtbar schwere Aufgabe, von da zur absoluten Mehrheit zu kommen, wenn es nicht gelingt, da und dort ein Bündnis mit einer anderen Partei zu schließen. Das erzeugt selbstverständlich in unseren Reihen Ungeduld, Unruhe, Nervosität und auch eine ge-

Diskussion

27. BUNDESPARTEITAG

wisse Bereitschaft zu gereizter Kritik an führenden Persönlichkeiten dieser Partei.

Das ist in der CDU schon so ein bißchen chronisch geworden. Denn glauben Sie mir, das hat jeder von uns, von Konrad Adenauer angefangen bis herauf zu Helmut Kohl, erlebt. Diese chronische Anlage müssen wir bekämpfen.

Es wird oft darauf verwiesen, wie die SPD von Wahlniederlage zu Wahlniederlage Disziplin gewahrt hat, bis es ihr schließlich gelungen ist — nicht aus eigener Kraft, sondern im Bündnis mit anderen —, an die Regierung zu kommen. Das ist wahr, und vielleicht ist sie insofern für uns nachahmenswert.

Allerdings ist zu bedenken, daß sich die SPD nie in unserer Situation befand, nämlich die stärkste Partei zu sein und aus dieser Position, also die Partei mit der stärksten Zustimmung aus unserem Volk zu sein, nun doch nicht zur Regierung zu kommen. Deswegen ist manche Ungeduld und manche Reizbarkeit in unseren Reihen selbstverständlich mit einem gewissen Verständnis zu betrachten.

Um so mehr müssen wir einsehen, daß wir das tun müssen, was er in einem Nebensatz gesagt hat, in dem er meinte, wir seien nicht zu schlagen, wenn wir einig seien. Das bleibt wahr.

Einigkeitsappelle hat es noch auf jedem Parteitag gegeben seit jenem von Goslar, auf dem ich mit dabei war. Ich selber habe bei zahlreichen Gelegenheiten diese Einigkeitsappelle an die Partei gerichtet. Ich meine, gerade heute und jetzt — nicht, weil wir in einem Tief sind, sondern weil wir so greifbar

nahe den Sieg haben können, meine Damen und Herren — ist diese Einigkeit so bitter notwendig.

Unter Einigkeit verstehe ich und verstehen natürlich auch Sie keineswegs nur die Einigkeit in Worten, die Einigkeit in Akklamation, die Einigkeit in Beschlüssen. Einigkeit bedeutet, daß jeder von uns — ich beziehe mich ein — an seinem Platz und zu seiner Zeit und jetzt unablässig kämpft, um diese Einigkeit nun auch wirklich in der Tat durchzusetzen.

Es hat einmal geheißen: Auf den Kanzler kommt es an. Wenn ich unbescheiden den Historikern glauben darf, hat das sogar ein bißchen geholfen. Aber noch mehr hätte geholfen, wenn wir damals alle zusammen stärker gekämpft hätten, als wir es in jenem Jahre 1969 tatsächlich getan haben. Ich will dieses Kapitel nicht wieder aufblättern.

Die CDU hat aber auch noch einen ganz besonderen Grund, an sich selber zu appellieren. Ich hörte das Wort zitiert, die Union sei kein Selbstzweck. Wahrhaftig, das ist sie nicht, das ist keine politische Partei. Die Union wäre die letzte, die das für sich in Anspruch nehmen würde.

Aber nun lassen Sie mich gerade im Blick auf Europa — und dieser Parteitag ist ja Europa gewidmet — noch ein ernstes Wort sagen, ein Wort, das ich so ernst meine, wie man es nur meinen kann; denn ich habe dieser europäischen Sache auch von der ersten Stunde an zu dienen versucht. Wie sieht es denn mit diesem Europa aus? Von Hans Freie stammt das Wort, Europa habe die Welt auf dem Gewissen. Das ist wahr. Es hat diese Welt kolonialisiert,

27. BUNDESPARTEITAG

Diskussion

es hat sie missioniert, es hat sie ideologisiert.

Nun flutet das alles auf uns zurück. Europa konnte sich als Herr und Gestalter der Welt in einem Augenblick empfinden, als es unter sich selbst zerstritten und zerrissen war. Und wie sieht das heute aus? Wir sind nicht mehr Herr und Gestalter der Welt. Wir müssen froh sein, wenn es uns gelingt, ein bißchen dabei mitzuwirken.

Aber wie steht es denn mit dem besten Erbe, das wir haben? Wie steht es denn mit jenen Wertetafeln, die wir Europäer einmal aufgerichtet haben? Wo sind sie? — Verrostet, verstaubt! Europäischer Nihilismus, europäischer Materialismus geht um. Freiheit, Menschenwürde — wie klingt das noch in jugendlichen Ohren? Glauben sie es uns noch? Diese Wertetafeln sind verstaubt, sie sind verrostet unter dem Schuttberg des europäischen Materialismus, und der Sozialismus ist wesentlich mit schuld daran.

Diese Wertetafeln müssen wieder entrostet werden, sie müssen zum Leuchten gebracht werden. Das ist unsere Aufgabe, nicht nur in diesem Volk, sondern das ist unsere Aufgabe in diesem kommenden Europa. Dieses Europa ist nichts, wenn es ein Bündel materialistisch gesonnener Staaten und Gesellschaften ist. Dieses Europa kann alles sein, wenn es sich zu seinem großen geistigen Erbe bekennt. Dazu zu helfen, das ist vor allem die Aufgabe der Union in diesem neuen Europa.

Damit will ich schließen. Ich freue mich, Ihnen so ein bißchen mein Herz ausgeschüttet zu haben. Aber glauben Sie

mir, dem Erfahrenen, der vieles mit- und durchgemacht hat — auch in dieser Partei —, glauben Sie mir: Die CDU — die politische Landschaft ist ja von Heiner Geißler geschildert worden — hat jede Chance, und ich versichere Ihnen:

Die Stunde der CDU kommt, sie kommt mit Sicherheit, und sie kommt nicht zu spät. Helfen Sie mit, daß sie bald kommt.

HANNA-RENA TE LAURIEN

Lassen Sie uns nicht beim Nein zum Sozialismus stehenbleiben, sondern das Ja unserer Konzeption verdeutlichen. Nagelprobe: 10. Pflichtschuljahr für alle. Weil wir das ablehnen, wird uns vorgeworfen, daß sei ein Nein zur Bildung. Nein, das ist ein Ja zur Vielfältigkeit und Verschiedenartigkeit des Menschen, weil die Union der Meinung ist, daß nicht nur die Schule bildet, sondern daß Schule und Betrieb einen gemeinsamen Bildungsauftrag vollziehen können.

Der Jugend ihre Chance zu geben, ist aber mehr, als ihr einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz zur Verfügung zu stellen.

Ich möchte hier ganz deutlich sagen, daß wir als Union klarmachen müssen, daß Grundsatzüberzeugung und Einzelentscheidung zusammengehören.

Es ist nicht so, daß Grundsatzprogramme etwas für Spinner sind und reale Politik etwas für Macher ist, sondern das, was ich in Flächennutzungsplänen, in der Familienpolitik, in der Altstadtsanierung, in der Bildungspolitik vertrete,

Diskussion

27. BUNDESPARTEITAG

hat sehr viel mit Grundentscheidung zu tun. Nach meiner Überzeugung müssen wir verdeutlichen, daß nur eine Partei, die über dieser Wirklichkeit eine andere Wirklichkeit, nämlich die Verantwortung vor Gott anerkennt, vor Ideologiezielen geschützt ist.

Dieses Setzen von Maßstäben und dieses Einbauen des Rechts auf Unterschiedlichkeit müssen auch in unserem Verständnis von Mann und Frau gelten.

Wir wollen die Wahlfreiheit der Frau; aber wir müssen deshalb die Rückkehrmöglichkeit der Frau, die Kinder erzogen hat und aus dem Beruf ausgeschieden ist, in ihren späteren Jahren konkret verwirklichen.

Ein kleines Beispiel: 32 Jahre ist das Höchstalter für die Verbeamtung im normalen Dienst. Warum setzen wir uns nicht dafür ein, daß eine Mutter, die Kinder erzogen hat, und die nach ihrem Paß 40 Jahre alt ist, diese Zeit angerechnet bekommt, dann dienstlich erst 29 Jahre alt ist und ohne Ausnahme verbeamtet werden kann?

ERNST ALBRECHT

Wir haben — und wir können stolz darauf sein — eine große Anzahl von Sprechern zu den verschiedenen Sachgebieten. Wir sind so reich an Talenten, daß dieser Reichtum ein Problem für uns geworden ist. Was wir nach meiner Meinung jetzt schaffen müssen, ist nach diesem Parteitag klar herauszustellen, wer eigentlich für die Außenpolitik mit Autorität für die Christlich Demokratische Union sprechen kann, wer für die Sozialpolitik sprechen

kann, wer für die Wirtschaftspolitik und wer für die Innenpolitik.

Dies sind unbequeme Personalentscheidungen — ich gebe es ja zu —, aber sie sind nach meiner Überzeugung fundamental wichtig. Wenn wir das klargestellt haben, brauchen unsere vielen Sprecher nicht mehr im Wettbewerb zueinander — jeder auf seinem Felde — zu turnen, sondern dann weiß man ganz genau: dieser geht voran, und wir alle helfen ihm.

Das zweite Problem ist der Zweifel, ob wir die Wende herbeiführen können. Hier darf ich doch etwas zu Niedersachsen und vielleicht zu mir selber sagen.

Sie werden sich erinnern, daß ich vor zwei Jahren auf dem Bundesparteitag eine Ansprache gehalten habe. Sie werden sich erinnern, daß ich unsere Koalition mit der FDP verteidigt habe. Ich gehöre ja nicht zu denen, die von Anfang an gesagt haben: es gibt nur die absolute Mehrheit und nichts als die absolute Mehrheit, sondern ich habe mich damals dafür ausgesprochen, zweigleisig zu fahren, den Versuch zu machen, mit den Freien Demokraten in ein neues Verhältnis zu kommen — was uns nicht daran hindern sollte, um die absolute Mehrheit zu kämpfen.

In Niedersachsen haben wir im übrigen genau das getan. Wir haben eine Koalitionsabsprache getroffen und gleichzeitig um die Mehrheit gekämpft. Und die Mehrheit ist uns von den Wählern gegeben worden, und wir sind dankbar dafür, daß wir sie erhalten haben.

Jetzt macht sich so etwas wie ein Gefühl breit, wir könnten das nicht schaf-

27. BUNDESPARTEITAG

Diskussion

fen. Lassen Sie mich vom niedersächsischen Standpunkt aus nur dieses sagen: In allen Bundestagswahlen dieser Republik haben wir als Christlich Demokratische Union in Niedersachsen schlechter abgeschnitten als in Deutschland insgesamt. Aber dies heißt doch im Umkehrschluß: Wenn wir in Niedersachsen die absolute Mehrheit erreichen konnten, können wir allemal in Deutschland die absolute Mehrheit erreichen, und dann heißt dies doch, daß es keine Wählerschichten gibt, die uns verschlossen, die uns prinzipiell nicht zugänglich wären. Auch meine ich, daß uns die Zeit entgegenkommt.

Insofern haben diejenigen recht, die uns zur Geduld gemahnt haben. Anfang der 70er Jahre war das anders. Da ging eine sozialistische Welle über unser Land hin. Aber sehr bald haben die Menschen gemerkt, was das bedeutet: Inflation, Arbeitslosigkeit, Enttäuschung und eine ständig weiter ausufernde Staatstätigkeit, die sich in alle Lebensbereiche des Menschen erstreckte. Dies hat einen Umschwung gebracht. Ich glaube, wir täuschen uns nicht, wenn wir sagen, daß unsere Vorstellung vom richtigen Leben immer mehr Menschen in Deutschland als richtig empfinden.

Ich glaube, wir spüren eine Sehnsucht in vielen Menschen, insbesondere in der jungen Generation, nach geistig tiefer fundierten nicht kollektivistischen Lebensformen. Das ist unsere Chance, meine Freunde. Solange dieses erreicht wird, daß die Menschen in tiefer fundierten nichtkollektivistischen Lebensformen leben, solange haben wir auch unsere Chance, die Mehrheit in Deutschland zu erreichen.

Deshalb darf ich abschließen und sagen, wie ich mir den weiteren Weg der Union vorstelle. Wir haben trotz der ungünstigen Vorbedingungen die absolute Mehrheit in Rheinland-Pfalz bewahren können. Wir haben in Berlin noch einmal einen Schritt nach vorn tun können und unsere Position als stärkste Partei gefestigt. Wir müssen auf diesem Parteitag eines erreichen, daß nämlich all das, was unter uns unausgesprochen ist, nun herauskommt, daß wir eine Reinigung der Atmosphäre bewirken, daß wir durch unsere Wahl klarmachen, wer für die nächsten zwei Jahre unser erster Mann ist, und daß wir dann darangehen, die Mannschaft zu bilden, von der hier schon mehrfach die Rede gewesen ist.

Wenn wir das geschafft haben, werden wir Karl Carstens zum Bundespräsidenten wählen, und dann wird symbolisch deutlich werden für die Gesamtheit der Bevölkerung, daß die Union in den letzten vier Jahren die Mehrheit in Deutschland gehabt hat.

Dann gehen wir in die Europawahl hinein, und wenn wir auch die noch bestanden haben, dann ist unser Schiff wieder in voller Fahrt, und dann werden sich viele im Lande wundern, was diese Union zu leisten vermag, wenn sie erst einmal in volle Fahrt gekommen ist.

KURT H. BIEDENKOPF

In den letzten Jahren stellen wir fest, daß die Wähler in der Bundesrepublik Deutschland sich nach der Bindung von SPD und FDP, die sich als stabil und kaum auflösbar erweist, immer stärker in der Mitte einpendeln und die Tren-

Diskussion

27. BUNDESPARTEITAG

nungslinie zwischen Mehrheit und Minorität schmaler wird. SPD und FDP sind deshalb erstarrt.

Sie sind zu wirklichen politischen Handlungen nicht mehr fähig, weil jede neue Initiative — so glauben sie — ihnen die Macht rauben könnte.

Dies ist unsere Chance.

Es ist die größte Chance, die wir haben, deutlich zu machen, daß wir nicht erstarren vor jedem kleinen Sonderinteresse, welches uns androht, uns 5 000 oder 10 000 Wähler zu entziehen, wenn wir eine bestimmte, auch unbequeme Entscheidung treffen. Unsere Partei — darauf hat Heiner Geißler hingewiesen — ist nicht mit großen, mächtigen Besitzständen untrennbar verbunden. Diese Chance zu nutzen ist unser Auftrag.

Aber wir müssen eben ungewöhnlich gut sein, wenn wir gewinnen wollen. Der Zugang zu den Jungwählern ist schwieriger geworden. Die Bedeutung und der Umfang unseres Vorsprungs im Bereich der Sachkompetenz ist bei uns selbst noch nicht eindeutig entschieden. Eine Klärung ist notwendig, und sie wird in den Führungsgremien erfolgen.

Die Welt um uns fragt nicht danach, was wir uns zutrauen. Sie setzt die Maßstäbe für das, was wir uns zutrauen müssen, wenn der Erfolg uns gehören soll. An diese Maßstäbe zu erinnern, daraus Konsequenzen zu ziehen, mag unbequem sein.

Aber es gehört auch zur Pflicht der politischen Führung, unbequem zu sein. Solange ich der Führung in unserer Partei zugehöre, werde ich auch diese Pflicht wahrnehmen, denn auch sie gehört zur Solidarität.

Unsere Sache ist gut. Wir haben ein Grundsatzprogramm formuliert. Wir werden es in Politik umsetzen. Wir werden unserer Sache damit Profil geben und zugleich ihre Kraft beweisen.

Erstens: Die Energiekrise stellt die Marktwirtschaft auf den Prüfstand.

Zweitens: Die Sozialpolitik stößt finanziell an die Grenzen der Leistungsbeurteilung der Gemeinschaft. Der Familienlastenausgleich ist hier die wichtigste Aufgabe.

Ein Staat, der Kapitalinvestitionen der Privathaushalte fördert, ohne nach der Leistungsfähigkeit der Privathaushalte zu fragen, und der die Lasten der Humaninvestitionen der Familie aufbürdet — wiederum ohne nach ihrer Leistungsfähigkeit zu fragen —, ist nicht nur materialistisch, sondern ohne Zukunft.

Drittens: Die Wachstumsraten werden geringer, die Verteilungsspielräume werden kleiner. Die organisierten Verteilungskonflikte werden heftiger. Gewerkschaften und Unternehmen stehen vor schwierigen Aufgaben. Wir müssen sie politisch dabei begleiten.

Viertens: Unser Land wächst in neue Aufgaben und neue Verantwortung. Außenpolitik und Außenwirtschaftspolitik werden die Bundestagswahlen 1980 wesentlich mitentscheiden. Wir müssen uns rechtzeitig darauf vorbereiten.

Fünftens: Wir kämpfen in Schulen und Universitäten um die geistige Zukunft des Landes. Die Länder sind Sachwalter dieser Aufgabe. Darin liegt die zentrale Bedeutung der Landtagswahlen.

Unsere Geschichte wieder zu gewinnen, gehört zur Sicherung unserer geistigen Zukunft.

Edmund Stoiber, CSU-Generalsekretär

Unser gemeinsames Ziel ist die Wende bei den Wahlen 1980

Es ist mir eine besondere Ehre, daß ich als im Amt noch relativ junger Generalsekretär Ihnen im Namen der CSU und ihres Vorsitzenden Franz Josef Strauß die Grüße und die Glückwünsche aus München überbringen darf. Dem alten und neuen Bundesvorsitzenden Dr. Kohl, seinen Stellvertretern und dem gesamten Vorstand gelten unsere Gratulationen und besten Wünsche. Dies sind im übrigen keine selbstlosen Wünsche, denn unser gemeinsames Ziel ist die Wende bei den Bundestagswahlen 1980, und dazu benötigen wir auch Glück bei der Verfolgung unserer gemeinsamen Ziele.

Das Jahr 1978 war von vier Landtagswahlen gekennzeichnet und das Jahr 1979 von bisher zwei Wahlen. Eine Landtagswahl steht noch aus, die für unsere politische Position eine außerordentliche und überdimensionale Bedeutung erhalten hat. Von ihrem Ausgang hängt die Bundesratsmehrheit ab. Insoweit hat der Bundeskanzler ja die gleiche Auffassung. Daß er sich bei seinen von ihm wenig geschätzten Parteifreunden häufiger sehen läßt, ist nur die Bestätigung dafür. Er rechnet offensichtlich damit, daß der Einfluß Hamburgs und das Hamburger Erscheinungsbild auf die Wähler in den volkrei-

chen Stadtrandgebieten den notwendigen Schub für die SPD herbeiführen.

Wir hatten 1978 einen großen Erfolg in Niedersachsen und leider in Hamburg einen Erfolg der SPD. Die von manchen gehegte Erwartung, daß die FDP in Wiesbaden und München nun auch nicht mehr ins Parlament einzieht, hat sich leider als falsch erwiesen. Die Wählerpsychologie ist halt anders, als empirische Politologen und in den Maßstäben der analytischen Geometrie denkenden Parteipolitiker es wahrhaben wollen.

Gerade die Erfahrungen, die wir aus den Wahlen 1976, 1978 und auch 1979 im Hinblick auf die Bundestagswahl 1980 gezogen haben, zwingen uns zu einer nüchterneren Einschätzung unserer Möglichkeiten. Aus der Sicht der letzten zehn Jahre wird offenkundig, daß die von manchen gehegte Hoffnung und häufig auch verkündete Erwartung, eine Änderung der politischen Verhältnisse ließe sich mit der FDP erreichen, nicht gerechtfertigt ist.

Die Wahrheit über diese Partei hat Mainz bewiesen. Auch die Tatsache, daß diese Partei auf ihren schwerkranken Vorsitzenden angewiesen ist, weil sonst die Stunde der Wahrheit zwischen Lambsdorff und Baum naht, stützt diese Vorstellung. Die Hoffnung, Genscher zu Umkehr in die

Grußwort der CSU

27. BUNDESPARTEITAG

richtige Richtung zu bewegen, war unseres Erachtens nie gerechtfertigt.

Der Bürger fragt, wie in diesem Zusammenhang das Ergebnis in Rheinland-Pfalz und Berlin zu erklären ist. Es gibt wohl keinen anderen Grund, als daß eine Reihe von Wählern und Bürgern weder die SPD noch die CDU wählen wollen und dieser Grund bereits allein ausreicht. Ernstzunehmende Leute geben sogar zu, daß sie sich den Wahlerfolg der FDP nicht erklären können. Dies macht zweifellos die Wahlen hier in diesem Land, in Schleswig-Holstein, für uns, für die Union, nicht einfacher. Das Bündnis von Schmidt, Matthiesen und Ronneburger ist angelegt, die CDU zu verdrängen.

Man kann nun die alten Wahlergebnisse auslegen, wie man will, man kann sie aus optischen Gründen oder der Kosmetik wegen positiver beurteilen, als sie in der Wahrheit sind; wenn ich aber davon ausgehe, daß 1974 und 1975 die Unionsparteien einen nicht selbst erdienten Vorteil hatten, nämlich den Fall Willy Brandts, die innere Ratlosigkeit und Zerstrittenheit in der SPD — die zwar heute auch noch vorhanden ist, aber durch Helmut Schmidt geschickt überdeckt wird —, dann haben die letzten Endes eine neue Ausgangslage geschaffen, auf die wir aus unterschiedlichen Gründen zurückgefallen sind.

Dies gilt unseres Erachtens auch für Berlin, wo sicher die Persönlichkeit und Wahlkampfführung von Richard von Weizsäcker ein bis zwei Prozent mehr erreicht hat, als ohne ihn erreicht worden wäre. Allerdings sind die für die Koalition mit der CDU zu registrierenden Stimmen des „Bundes Freies Deutschland“ nicht mehr da.

Das heißt, daß sich die politische Großwetterlage aus einer Reihe von Gründen geändert hat. Uns bläst nicht gerade ein Sturm ins Gesicht, aber doch ein spürbarer Gegenwind. Für den 29. April heißt dies in Kiel, die einerseits berechenbare Entwicklung mit der andererseits unberechenbaren Wählerpsychologie zu verbinden, damit die Union hier im Amt bleibt.

Es hat hier im Rahmen dieses Grußwortes keinen Sinn, auf die Unterschiede zwischen Nord und Süd und Süd und Nord einzugehen. Herausheben möchte ich daher zwei Gemeinsamkeiten.

- ① Unser wesentliches Ziel muß die Erhaltung der Glaubwürdigkeit sein. Die Anpassung an den politischen Gegner wegen der Anziehungskraft seiner materiellen Gefälligkeitspolitik versetzt mehr Wähler der Union in Unsicherheit, als auf der anderen Seite Wähler von der Regierungspolitik abspenstig gemacht und der Union zugeführt werden können.
- ② Was wir an politischen Programmen verkünden, muß einfach, klar und überschaubar sein, muß frei sein vom Vorwurf, Gefälligkeit nach allen Seiten üben zu wollen, darf nicht nach jeweiligen Ad-hoc-Untersuchungen und Umfragen entworfen und formuliert werden und wird nur glaubhaft wirken, wenn Personen mit Kompetenz und Autorität dies vertreten.

Alles, was wir im Zusammenhang mit den Landtagswahlen an Analysen durchführen, an politischen Aussagen im Zusammenhang mit sachpolitischen Zielen formulieren, steht unter der doppelten Bedeutung zweier großer Ereignisse.

27. BUNDESPARTEITAG

Grußwort der CSU

nisse: den Wahlen zum Europäischen Parlament und den Bundestagswahlen 1980. Ich bin der Meinung, daß in beiden Unionsparteien in ihrer gesamten Breite die innenpolitischen Auswirkungen der Europawahlen noch nicht voll erkannt sind und von uns bzw. von Ihnen als Mandatsträgern und Delegierten noch ein großes Stück Arbeit in dieser Hinsicht bewältigt werden muß.

Wenn die plakative Formel „Freiheit oder Sozialismus“ je eine Berechtigung hatte, dann sicherlich gerade auf Grund dieser heutigen europäischen Dimensionen. Wir müssen dem Wähler bis zum 10. Juni noch mehr deutlich machen, daß die SPD zwar Europa sagt, in Wahrheit aber auch Deutschland meint, wenn sie ihre systemverändernden Forderungen blank und frei erhebt.

Für die Bundestagswahlen 1980 werden die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und im Saarland die Richtung markieren. Unsere bisherige Erfahrung ist, daß CDU und CSU die Bundestagswahlen mit der absoluten Mehrheit nicht gewinnen können, wenn nicht in Nordrhein-Westfalen mit diesem guten Beispiel vorangegangen wird.

Die Einheit der Union — und ich bin hier vielleicht falsch verstanden worden — darf sich nicht darin erschöpfen, eine möglichst große Einheit in der Daueropposition zu zeigen, die ohnehin mehr oder weniger dazu bestimmt ist, der Handlung auf der Bühne zuzuschauen oder — anders, etwas volkstümlicher ausgedrückt — mit der Kindertrompete neben der Militärmusik hermarschieren zu dürfen.

Es steht nämlich — abgesehen von unzähligen kleinen Problemen, deren Mosaik noch kein Bild ergibt — neben den europapolitischen Fragen eine überragende Entscheidung ins Haus: Soll die Bundesrepublik in Schritten — besser gesagt „in Schrittlchen für Schrittlchen“ — aus der Einbettung ins westliche Bündnis herausgelöst werden und ins machtpolitische Gravitationsfeld Moskaus einbezogen werden?

Wir haben in Bayern in den Bundestagswahlen seit 1953 und in den Landtagswahlen seit 1972 in Prozenten und seit 1979 sogar bei den Stimmen die absolute Mehrheit erreicht. Wir, die CSU, können uns auf den Standpunkt stellen: Warum soll man eigentlich den Rahmen, in dem wir landespolitisch gut leben, zur Diskussion stellen?

Nur verantwortungslose Kurzsicht könnte es gebieten, die Dinge so treiben zu lassen, und nur selbstmörderische Fehleinschätzung könnte dazu verleiten, die CSU bzw. manche ihrer Überlegungen falsch verstehen zu wollen. Der Gegner heißt für uns gemeinsam SPD und FDP. Wir sollten darüber nachdenken, wie wir diesen Gegner schlagen können. Was falsch wäre — ich sage das ganz offen —, wäre Hochmut gegenüber der CSU (**Zurufe: und umgekehrt!**), denn die CDU bleibt nur mit der CSU fähiger Partner in der morgigen Bundesregierung.

So wünsche ich Ihrer Arbeit, so wünsche ich Ihnen allen den Erfolg, den Deutschland braucht und Europa haben muß.

Beschlüsse des Parteitages

(Beschlüsse zur Europawahl siehe Beilage blau)

Doppelmandate in Europa

Antragsteller: KV Main-Kinzig — **Annahme** in der Fassung der Antragskommission: Mit großer Mehrheit, einige Gegenstimmen und Enthaltungen.

1. Abgeordnete des neuen Europäischen Parlaments sollen in der Regel zukünftig nicht gleichzeitig Bundestags- oder Landtagsabgeordnete sein. 2. Der Bundesparteitag empfiehlt, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die Zusammenarbeit der Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der Abgeordneten der CDU/CSU im Europäischen Parlament institutionalisiert und sichergestellt wird.

Aufgabenverteilung im Präsidium

Antragsteller: BV Junge Union — **Annahme** in der Fassung der Antragskommission: Einstimmig.

Das Präsidium der CDU wird aufgefordert, in seiner konstituierenden Sitzung im Rahmen seiner Gesamtverantwortung eine klare Aufgabenverteilung vorzunehmen.

Programm zum Schutz des ungeborenen Lebens

Antragsteller: KV Gütersloh — **Annahme** in der Fassung der Antragskommission: Mit großer Mehrheit bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltung.

Der Staat darf sich seiner sozialen Verantwortung gegenüber der Mutter und dem werdenden Leben nicht entziehen. Die CDU fordert daher erneut ein „Programm zum Schutz des ungeborenen Lebens“.

Familiengeld

Antragsteller: KV Herne — **Annahme:** Einstimmig.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird gebeten, unverzüglich im Deutschen

27. BUNDESPARTEITAG

Beschlüsse

Bundestag einen Gesetzentwurf zur Gewährung eines Familiengeldes an alle Mütter auf der Grundlage des CDU-Grundsatzprogramms einzubringen.

Freiheit für Nico Hübner

Antragsteller: Wissmann, Brok und Brickwedde und weitere Delegierte — **Annahme:** Einstimmig.

Der Ostberliner Nico Hübner ist nun schon seit über einem Jahr inhaftiert. Hübner hatte sich unter Berufung auf den entmilitarisierten Status von ganz Berlin geweigert, sich der Musterung zur NVA zu stellen; gleichzeitig verweigerte er den Wehrdienst.

Die CDU fordert:

— Die zuständigen Stellen in der Bundesrepublik haben alle geeigneten Maßnahmen zu treffen, um die unrechtmäßige Inhaftierung von Nico Hübner zu beenden.

— Die Machthaber in der DDR werden von uns eindringlich aufgefordert, sich an die einschlägigen Berlin-Bestimmungen zu halten und Nico Hübner sofort freizulassen.

Die CDU stellt außerdem fest:

— Mit seiner Weigerung den Wehrdienst abzuleisten, hat sich Nico Hübner eindeutig und korrekt an die Vier-Mächte-Bestimmungen über den entmilitarisierten Status von ganz Berlin gehalten. Nicht er ist es, der sich ins Unrecht gesetzt hat, sondern das DDR-Regime.

Grundsätze für Prüfung der Verfassungstreue

Antragsteller: BV Junge Union — **Annahme** in der Fassung der Antragskommission: Einstimmig.

Die SPD/FDP-Bundesregierung hat mit den „Grundsätzen für die Prüfung der Verfassungstreue“ vom 17. Januar 1979 den Verfassungsgrundsatz der wehrhaften Demokratie aufgegeben. Sie verläßt damit einen Grundsatz der Verfassung, der vor 30 Jahren für die Väter des Grundgesetzes eine wichtige Konsequenz aus der jüngsten deutschen Geschichte war. Die CDU bekräftigt dagegen ihre Entschlossenheit, Verfassungsfeinden mit allen rechtsstaatlichen Mitteln entgegenzutreten.

Allen Bürgern — auch den Verfassungsfeinden — ist die Meinungsfreiheit im Rahmen der Verfassung garantiert. Der Staat ist jedoch zur Erfüllung seiner verfassungsmäßigen Aufgaben auf die freie innere Bindung seiner Beamten an die freiheitliche demokratische Grundordnung angewiesen. Die Grundentscheidung dieser Verfassung schließt es aus, daß der Staat Bewerber zum öffentlichen Dienst

Beschlüsse

27. BUNDESPARTEITAG

zuläßt und Bürger im öffentlichen Dienst beläßt, die die freiheitliche demokratische Grundordnung ablehnen und bekämpfen. Extremisten von links und rechts haben daher keinen Platz im öffentlichen Dienst. Die Bürger haben ein Recht darauf, daß Lehrer, Richter, Polizeibeamte und die anderen Angehörigen des öffentlichen Dienstes für und nicht gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung eintreten.

Der Bundesparteitag fordert ein einheitliches Verfahren des Bundes und aller Länder zur Fernhaltung von Verfassungsfeinden aus dem öffentlichen Dienst. Für dieses Verfahren müssen folgende Grundsätze gelten:

- Jeder Einzelfall muß für sich geprüft und entschieden werden.
- In einem Rechtsstaat ist es selbstverständlich, daß jedem Bewerber ein rechtsstaatliches Verfahren gewährleistet wird.
- Es kann — entsprechend dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts — keine Unterschiede in der Treuepflicht der Beamten nach Laufbahn und Funktion geben.
- Auf die Amtshilfe der Verfassungsschutzbehörden kann bei der Feststellung der Verfassungstreue eines Bewerbers grundsätzlich nicht verzichtet werden. Eine Anfrage beim Verfassungsschutz darf allerdings erst dann erfolgen, wenn alle oder nahezu alle sonstigen Voraussetzungen für die Einstellung erfüllt sind.
- Auskünfte der Verfassungsschutzbehörden sind auf gerichtsverwertbare Tatsachen oder Vorgänge zu beschränken.
- Tatsachen oder Vorgänge, die vor dem 18. Lebensjahr oder länger als 5 Jahre zurückliegen, sind nicht zu berücksichtigen, es sei denn, daß sie wesentliche Elemente einer ununterbrochenen Entwicklung bis zum Zeitpunkt der Bewerbung oder nach Art und Schwere nicht als bloße „Jugendsünden“ anzusehen sind.

Bundes- und Landesregierungen sind aufgefordert, durch eine offensive Informationspolitik über die Aufgabe und Arbeitsweise der Verfassungsschutzbehörden im Rahmen der wehrhaften Demokratie zu informieren und entsprechenden Kampagnen gegen den Verfassungsschutz entgegentreten.

Die darüber hinausgehenden Detailaussagen des Antrages werden an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und an die CDU-Fraktionen in den Länderparlamenten überwiesen.

Satzungsänderung

Antragsteller: LV Westfalen-Lippe — **Annahme** in der Fassung der Antragskommission: Mit großer Mehrheit bei einigen Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen.

In § 31 Statut der CDU wird folgender neuer Absatz 4 eingefügt: Der Bundesausschuß wählt auf Vorschlag des Bundesvorstandes die Delegierten für die Gremien der Europäischen Volkspartei.

Erledigung von Beschlüssen des 26. Bundesparteitages

Über die Erledigung von Beschlüssen des 26. Bundesparteitages der CDU (23. bis 25. Oktober 1978 — Ludwigshafen) gab der Generalsekretär dem 27. Bundesparteitag folgenden Bericht:

An den Bundesvorstand überwiesene Anträge: Der Bundesvorstand hat die Anträge **Nr. H 1 (Ordnungsmaßnahmen)**, **Nr. II 3 (Zuständigkeit des Kreisparteigerichts und Kostenregelung)** und **Nr. H 4 („Schiedsmann“)** des KV Rhein-Sieg an das Bundesparteigericht der CDU zur Prüfung und Stellungnahme überwiesen, damit ggf. auf dem Bundesparteitag 1980 Beschlüsse zur Änderung des Statuts und der Parteigerichtsordnung der CDU erfolgen können.

Der Bundesvorstand hat den Antrag **Nr. H 5 (Beiträge für besondere Mitgliedergruppen)** des KV Rhein-Sieg an den Bundesschatzmeister der CDU mit der Bitte weitergeleitet, in den Finanzgremien der Bundespartei diesen Antrag zu prüfen und ggf. Änderungsvorschläge für die Finanz- und Beitragsordnung für den Bundesparteitag 1980 zu erarbeiten.

Der Bundesvorstand hat die Anträge **Nr. I 6 des KV Bergstraße** und **Nr. I 7 des KV Bonn** zur Vorbereitung der Europawahl 1979 und zur Berücksichtigung der CDU-Mitglieder des Europäischen Parlaments in den satzungsmäßigen Organen der Bundespartei, der Landesparteien und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion beraten.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie die Damen und Herren Vorsitzenden der Landesverbände und der Bundesvereinigungen der CDU wurden, soweit nicht die Europawahl ohnehin von der CDU-Bundesgeschäftsstelle vorbereitet wird, über die Anliegen der Antragsteller mit der Bitte unterrichtet, dieses bei der künftigen Arbeit in personeller, organisatorischer und sachlicher Hinsicht zu berücksichtigen. Zunächst muß jedoch die Konstituierung der CDU/CSU-Gruppe des Europäischen Parlaments abgewartet werden.

Angenommene Anträge mit Arbeitsaufträgen.

Der Bundesvorstand hat den Beschluß **Nr. I 1 (Grundsätze zur Schulpolitik)** an den Bundesfachausschuß (BFA) Kulturpolitik zur Beratung und Vorlage eines Entwurfs weitergeleitet. Der BFA Kulturpolitik wird eine Vorlage voraussichtlich bis Mitte Oktober 1979 erstellen und dem Bundesvorstand vorlegen.

Der Bundesvorstand hat den Beschluß **Nr. I 3 (Finanzausstattung der Gemeinden)** an den BFA Innenpolitik (Federführung) und Wirtschaftspolitik zur gemeinsamen Prüfung und Ausarbeitung einer Stellungnahme unter Beteiligung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der CDU- und CSU-geführten Landesregierungen sowie der Bundes-KPV überwiesen. Der BFA Innenpolitik hat bereits eine Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung einer Vorlage eingesetzt.

Der Beschluß **Nr. I 5 (Wahl der CDU-Vertreter in Gremien der EVP)** wurde in

Beschlüsse

27. BUNDESPARTEITAG

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 CX
GEBÜHR BEZAHLT

der Neuauflage der Statutenbroschüre abgedruckt; er wird bei der Festsetzung der Tagesordnung der Bundesausschuß-Sitzung vom 25. Juni 1979 berücksichtigt werden.

Der Bundesvorstand hat aufgrund des Beschlusses **Nr. 1 8 (Ältere Generation)** die CDU-Bundesgeschäftsstelle beauftragt, baldmöglichst ein Konzept mit Realisierungsvorschlägen vorzulegen. Eine Arbeitsgruppe der Bundesgeschäftsstelle wird einen Zwischenbericht im Herbst 1979, eine Beschlußvorlage im Frühjahr 1980 dem Bundesvorstand vorlegen.

Der Bundesvorstand wird den Beschluß **Nr. 1 11 (Kinderhort auf Parteitag)** bei der Vorbereitung von Bundesparteitagen entsprechend den gegebenen örtlichen Verhältnissen berücksichtigen.

Der Bundesvorstand hat aufgrund des Beschlusses **Nr. 1 12 (Fach-Kongreß zum Themenbereich „Kunst und Kultur“)** die CDU-Bundesgeschäftsstelle mit der Ausarbeitung einer Kongreßplanung beauftragt.

Anträge an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Der Generalsekretär hat der CDU/CSU-Bundestagsfraktion brieflich den Wortlaut der ihr vom 26. Bundesparteitag überwiesenen Beschlüsse/Anträge **Nr. 1 9 (Bundesgarantie für Rentenversicherung)**, **Nr. 1 2 (Programm zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung)** und **Nr. 1 4 (Erstattung von Visagebühren bei DDR-Besuchen von Rentnern)** zur Kenntnis gebracht und um einen Bericht über die weitere Behandlung durch die Fraktion gebeten.

UId

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (0 22 21) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (0 22 21) 22 10 81. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis jährlich 40,— DM. Einzelpreis 1,— DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.